

DER AUFBAU

T 5473



MÜHLDORF
1813

HEFT 1

BREMEN · MÄRZ 1967

21. JAHRGANG

1968

1969

22. Jg.

23. Jg.

BREMER LANDESBANK

STAATLICHE KREDITANSTALT

ÖFFENTLICHE BAUSPARKASSE

Institute die auch für Sie da sind!

Ganz gleich, ob Sie Ihr Geld anlegen
wollen oder einen Kredit benötigen,
in allen Geldangelegenheiten werden
wir Sie gern beraten.

Bremen, Unser Lieben Frauen Kirchhof 6
Oldenburg, Markt 12/Berliner Platz 6
Wilhelmshaven, Virchowstraße 21



KOMMUNALE BAUHILFE

Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbebauten mbH.

TOCHTERGESELLSCHAFT DER
BREMER TREUHAND

übernimmt Trägerschaft - Baubetreuung - Finanzierung
für

**Einkaufs- und Gewerbe-Zentren, Schulen, Krankenhäuser
Gemeindebauten aller Art**

BREMEN · DOMSHOF 21a · TELEFON 32 48 24 · TELEX 024 4310

Fe 2204 - 1967:1969

Universität Bremen
Bibliothek

Fe 2204 - 1967:1969

DER AUFBAU

(vormals: „DER WIEDERAUFBAU“)

BÜRGER UND STADT GESELLSCHAFT FÜR STÄDTEBAU

unter Mitarbeit von: Aufbaugemeinschaft Bremen e. V., Bund Deutscher Architekten im Lande Bremen e. V.

„Der Grüne Kreis“, Bremen, Vereinigung freischaffender Architekten und Bauingenieure e. V., Bremen, Vereinigung für Städtebau e. V., Bremen

Heft 1

Bremen, März 1967

21. Jahrgang

VORWORT

Wieder kann ein Schritt vorwärts getan werden. Bisher war alles Bemühen darauf ausgerichtet, in diesem Blatt davon zu berichten, wie Mitbürger sich in Wort und Tat für ihre Stadt oder ihr Gemeinwesen einsetzen. Diese Ausgabe soll ein Aufruf an alle sein, Gleiches zu tun. Diese Arbeit fand in den letzten 10 bis 15 Jahren im Bundesgebiet viel Aufmerksamkeit. Besonders wurde mit den technischen Hochschulen (z. B. Aachen, Braunschweig, Hannover) der Kontakt immer enger. Bei besonderen Fragen kam es zu einem Gedankenaustausch mit Bauverwaltungen und Handelskammern vergleichbarer Städte.

Beobachtungen und Erfahrungen beim Städtebau, besonders das Beispiel der Dortmunder Gespräche: „Der Stadtplan geht uns alle an“ und der seit 1946 bestehenden „Aufbaugemeinschaft Bremen“, veranlaßten den jetzigen Rektor der TH Aachen, Herrn Prof. Erich Kühn, zu einem Gespräch über die Mitarbeit des Bürgers am 6. 11. 1964 nach der Insel Mainau einzuladen. So kam es zur Gründung der Gesellschaft „Bürger und Stadt“, die sich die Aufgabe setzte, „das Interesse des Bürgers an seiner Stadt und ihrer städtebaulichen Entwicklung zu wecken, sein Wissen und seine Bildung in Fragen des Städtebaus zu erweitern und ihn für staatsbürgerliche Mitarbeit an städtebaulichen Aufgaben aller Art zu gewinnen“.

Es stimmt besonders freudig und dankbar zu wissen, daß dieses Blatt, welches im Dezember 1947 als bescheidenes Mitteilungsblatt durch Papierspenden ermöglicht wurde, nunmehr auch über diese neue Arbeit auf Bundesebene berichten darf.

Dem Menschen zu dienen ist die große Aufgabe der Gesellschaft „Bürger und Stadt“. Möge sie dies in Freiheit bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten immer tun können. Dafür allezeit Glückauf!

Der Herausgeber

Mühdorf am Inn



Die Zeichnung auf dem Umschlagblatt stellt den Grundriß der Stadt Mühdorf am Inn dar. Sie zeigt mit großer Deutlichkeit, daß Stadtgrundrisse in der Zeit des Baues dieser Stadt so sorgfältig durchdacht wurden, wie der Grundriß eines guten Wohnhauses, eines Rathauses, einer Kirche.

Es handelt sich um einen kleinen Ort, dessen Gestaltungsprinzipien einfach zu überschauen sind. Wir möchten daher mit diesem Beispiel beginnen, um solche Grundsätze städtebaulicher Gestaltung zu erläutern. Die städtebaulichen Formen sind Ausdruck gesellschaftlicher Gegebenheit und wechseln daher mit diesen Gegebenheiten.

Mühdorf gehört zu einer Gruppe von Städten, die am Inn entstanden, mit kubischen Bauten, die ihr steiles Dach hinter vorgeblendeten Mauern verbergen.

Diese kleinen Städte waren für den jungen Studenten vor fast 50 Jahren eine große Überraschung, als er sie auf einer Wanderung, ohne vorher von ihnen zu wissen, entdeckte.

Der Besucher betritt die Stadt durch eines der beiden Tore, eine kleine Ausweitung vor dem Tore, ein Rücksprung der geschlossenen Fassade reichte aus, um einen Empfangsraum zu bilden. Erst nach dieser Einleitung wird man in den Platz entlassen:

Versuchen Sie bewußt, den Klang der Massen zu erspüren, die elegante Schlankheit der Proportion. Schwung und Gegenschwung der Platzwände sollten mit den Augen sorgsam verfolgt werden. Sie zeigen schon im Grundriß die große Kunst des Baumeisters dieser Stadt, des namenlosen Stadtbaumeisters.

Eine Stadt sollte wie ein gutes Bild keine „leere“, ungeformte Stelle haben, was für das Hauptereignis, den Markt, gilt, muß daher auch für das scheinbar Nebensächliche, wie für die Nebenstraßen gelten. Auch sie müssen genau so sorgfältig durchgeformt sein. Sehen wir zu!

Zunächst einmal: keine der Straßen ist der anderen gleich. Sie sind alle verschieden und unterstehen doch den gleichen Formgesetzen. Vielleicht ist Ihr Auge nun schon ein wenig geschult, so daß Sie selbst entdecken, was ich meine:

Jede Gasse – mehr ist es ja nicht – weitet sich aus und erst kurz bevor sie in den Hauptplatz mündet, verengt sie sich wieder. Dieses Prinzip kehrt so regelmäßig wieder, so daß es sich um eine absichtsvolle Regel handeln muß. In der Tat, der Baumeister will offenbar den Besucher, der von den Seiten her den Platz betritt, zunächst in einen Engpaß zwingen, um dann nach dem Gesetz des Gegensätzlichen, den Platz optisch größer erscheinen zu lassen.

K.

Zum Geleit - Bürger und Stadt

Von Gerhard Iversen

Umspannen diese beiden Worte nicht zwei unendliche Weiten? Bei dem Wort „Stadt“ wandern die Gedanken hin zu der ersten großen Stadt der Erde am Zusammenfluß von Euphrat und Tigris „Babylon“ mit vermutlich 100 000 Einwohnern auf etwa einem Quadratkilometer.

Wolf Schneider beschreibt in seinem Buch „Überall ist Babylon“ diese Stadt wie folgt:

„Eine Karawane, die aus der arabischen Wüste kommt, blickt von den letzten Sandhügeln auf ein blühendes Tal hinab, in dem sich aus Weizenfeldern und Dattelpalmen eine weiße Stadt erhebt. Ihr Wahrzeichen ist eine 30 Meter hohe Stufenpyramide, deren Terrassen auf einem schwarzen Fundament rot, blau und golden von der Wüste bis zum Tigris leuchten. Auf der obersten Stufe steht ein Tempel, in dem Priester dem Mondgott dienen. Innen ist er mit prächtigen Teppichen und einem Mosaik von farbigen Tonstiften geschmückt.

Im Halbkreis um den mächtigen Stufenbau herum, von Palmen und Zypressen umgeben, erheben sich fünf Tempel und Schatzhäuser mit gewaltigen Mauern, bis zu hundert Metern lang, mit Brunnen und Opfertischen in den Innenhöfen.“

Von dieser Stadt, die etwa 3000 Jahre lang zu der reichsten und größten der Erde zählte, spannt sich der Bogen bis hin zum heutigen „Los Angeles“ (Gründung span. Missionar 1871 „Unsere Herrin, die Königin der Engel“, 1880 10 000 Einwohner).

Wolf Schneider beschreibt sie wie folgt:

„Heute hat die Stadt fast 7 Millionen Menschen und nahezu 3 Millionen Autos zu Bewohnern. Sie ist das Weltzentrum des Auto-Kults und der Flugzeugindustrie. Sie ist die zweitgrößte Stadt Amerikas und die am schnellsten wachsende Stadt der Erde. Bis 1975 will Los Angeles auch die größte geworden sein.

Von einer „Stadt“ im alten Sinn des Wortes zu sprechen, fällt allerdings nicht leicht. Nur im alten spanischen Stadtkern finden sich dichte Bebauung und ein paar Wolkenkratzer. Die übrige Stadt ist ein unendlicher Garten von Einfamilienhäusern, Bohrtürmen und Fabriken, Hühnerfarmen, Obstplantagen und Palmenhaine, Baracken, Gerümpel und chromschimmernde Verkaufspaläste sind hie und da in diesen Garten eingestreut. Über hundert Kilometer zieht er sich zwischen Ozean und Gebirge hin und verliert sich an seinen Rändern in Plantagen oder in der Wüste. „Los Angeles sieht aus wie eine Menge Vororte, die nach einer Stadt suchen“, sagt man in Amerika.

Die großen, baumgesäumten Boulevards sind bis zu 70 Kilometer lang. Die Hausnummern reichen bis 30 000 hinauf. Vier Fünftel aller Berufstätigen fahren mit dem eigenen Auto zur Arbeit. Eine Reise von hundert Kilometern zum Arbeitsplatz ist nicht selten. Von der Gesamtfläche der Innenstadt entfallen zwei Fünftel auf Parkplätze und Parkhäuser. Jeden Tag nach Büroschluß schieben sich Millionen von Autos in endlosen Viererkolonnen durch das Häusermeer — oder auf achtbahnigen Hochstraßen darüber hinweg. Hubschrauber oder Rundfunkgesellschaften beobachten den Verkehrsstrom und teilen den Autofahrern sofort über das Autoradio mit, wo eine Verkehrsstockung aufgetreten ist und wie sie am besten umfahren werden kann.

Diese Stadt ist auf das Auto gegründet — sie braucht das Auto, weil sie Raum verschlungen hat wie keine andere auf der Welt. Ungegliedert und ungehemmt schiebt sie sich an der pazifischen Küste entlang ins Land hinein. Sie besteht aus Einzelhäusern, die eigentlich nicht zu einer Stadt verschmolzen sind und doch ein ganzes Land vertilgen. Kein Tempel ist da, um den sie sich drängen, keine Mauer, hinter die sie sich ducken. Freilich ist Los Angeles unter den Zukunftsstädten, die wir uns heute schon anschauen können, eine der angenehmsten. Es hat Platz, es ist reich, es ist grün es kennt keine Mietskasernen. Wer in den Steinschluchten

von New York wohnt oder in den elenden Arbeitervorstädten von Paris oder im Qualm des Ruhrgebietes oder in den Barackenstädten Sibiriens, dem mag die sonnige, grüne Stadt ohne Ufer als Paradies erscheinen.

Und doch kann uns beim Studium von Los Angeles ein wenig beklemmt werden. Daß die Stadt gestaltlos ist und daß sie kein Herz hat, mag noch hingehen. Aber wie selbstverständlich und brutal sie wächst — und daß sie damit nur die Vorhut der hundert anderen Millionenstädte bildet, das macht sie unheimlich.

Die Stadt von gestern lebte aus dem Gegensatz zum Land, sie wollte etwas anderes sein, sie brauchte Felder und Wälder als Kontrast. Die Stadt von heute deckt immer mehr Land mit ihren Häusern zu.“

Die Stadt ist ohne ihre Bürger nicht denkbar, denn sie plant und bauten ihre Stadt und gaben ihr Leben und Inhalt. Betrachtet man die Geschichte der Stadtmenschen, so spiegelt sich darin die Weltgeschichte wieder.

Wolf Schneider schreibt über den Menschen der Stadt:

„In der griechischen Polis entstand die Demokratie; aber alle Diktatoren haben ihre Metropole zur Zwingburg der Tyrannis gemacht. Die Stadt ist die Wiege der Kultur und des Verbrechens, das Zentrum des Elends und der Pracht. Sie ist das Sammelbecken der Vitalität und der Nervosität, der Brennpunkt der Macht und der Herd des Verfalls. In der Stadt zeigt der Mensch sein edelstes Antlitz und seine häßlichste Fratze. Wand an Wand, Dach an Dach drängen sich in ihr Glück und Tränen, Hochmut und Erniedrigung, Geburt und Tod. Aus ihren Sümpfen wachsen Gestank und Orchideen. Wer in die Geschichte der Städte hinableuchtet, entdeckt die Weltgeschichte nicht nur wieder, er begegnet ihr überdies konzentriert und zugespitzt, noch bunter und noch grausamer. Wo immer es Kriege gab, wurden Städte ausgehungert, geplündert, niedergebrannt, in rasendem Haß mit Stumpf und Stiel zerstört. Wo immer es zu Revolutionen kam, begannen sie in den Städten oder waren sie gegen Städte gerichtet. Wo immer eine Kultur ihre höchste Blüte erreichte, war sie an den Namen einer Stadt gebunden: Babylon, Athen und Rom, Florenz und Paris, Wien und Weimar. Zuweilen ballte sich die Macht über die halbe Erde in einer einzigen Stadt zusammen: in Rom und Byzanz, in Bagdad und Peking, in Madrid oder Moskau.“

Nach diesem Rückblick ist die Frage berechtigt: Was ist nach dem zweiten Weltkrieg, dem größten Vernichtungsfeldzug gegen die Städte geschehen und was geschieht heute, denn keine einzige Stadt hat dies Inferno wirklich umgebracht. Die Bürger haben ihre Stadt oft unter Aufbietung letzter Kräfte zurückerobert. Die Soziologen sprechen von einer „Stadtfestigkeit“ der Menschen.

Es ist z. B. immer eine Eigenart der Hansestädte, und insbesondere Bremens, gewesen, daß die Bürger das Stadtbild und das öffentliche Leben entscheidend mitbestimmt und viele Aufgaben übernommen haben, die in anderen Städten von der Stadtverwaltung selbst erfüllt werden mußten. Im Jahre 1945/46 fand man sich aus allen Berufsständen und weltanschaulichen Lagern zur gemeinsamen Tat zusammen, um die Existenz des einzelnen und damit zugleich die Stadt wieder aufzubauen. Das Programm der Aufbaugemeinschaft Bremen war

1. die verschütteten und gefährdeten ideellen Werte bremischen Gemeinschaftslebens aufzurichten, damit an die Seite des „Ich“ wieder das „Wir“ treten konnte,
2. die materiellen Aufgaben, die sich aus der Zerstörung der Stadt ergaben, gemeinschaftlich anzupacken, damit auch die äußeren Dinge des Lebens wieder in geordnete Bahnen kommen.

Auf Seite 9 dieses Heftes wird beschrieben, wie in der Hansestadt Bremen die Bürger sich um den Wiederaufbau bis in diesen Tagen bemühten.

Bürger und Stadt

Von Erich Kühn

Die Stadt ist Heimat, Schutz, Existenzgrundlage für viele, seitdem Gesellschaftsformen und Wirtschaft ein Zusammenleben ermöglichen oder erfordern.

Das galt für die alten Kulturen im Zweistromland, am Nil, in Indien und in China. Es galt für die ersten Anfänge städtischer Gemeinsamkeit in der griechischen Antike — in der Polis entstand die europäische Grundhaltung —, es galt für Rom, für die mittelalterlichen Städte, und mit besonderer Bedeutung gilt es für unsere Zeit und für die Zukunft.

Eine ständig anwachsende Bevölkerung wird in immer größerer Zahl, in immer größeren Städten leben. Heute schon wohnen in der Deutschen Bundesrepublik ca. 76% der Einwohner in Gemeinden über 2000 Einwohner und fast 50% in Gemeinden über 1000 Einwohner (Stand 1961).

Die Stadt ist ein wichtiger Faktor der Wirtschaft, sie ist ein Politikum von großer Brisanz, sie ist die größere Wohnung der meisten Menschen. Die Städte kosten viel Geld und werden noch mehr kosten, ihre Technik ist kompliziert und wird noch komplizierter werden, ihre Gestalt stellt dem Städtebauer immer neue Aufgaben.

Das Wohlbefinden des Städters, seine Gesundheit, seine Existenz sind stärker vom Funktionieren der Städte abhängig, als es ihm bewußt ist.

Im Glauben, daß die Demokratie total sein müsse, haben wir nach 1945 schon in den Rahmenfestlegungen für die Länderaufbaugesetze in dem sogenannten „Lemgoer Entwurf“ und dann in den Ländergesetzen selbst bewußt und gezielt Städtebau den Gemeinden als Selbstverwaltungsaufgabe übertragen. Das Bundesbaugesetz hat diese Grundhaltung aufgenommen, und so ist letzten Endes der Stadtbürger verantwortlich für seine größere Wohnung „Stadt“.

Ist er aber auf diese Aufgabe vorbereitet?

Die Erfahrung hat gezeigt, daß er das in Deutschland in weiten Bereichen nicht ist.

Zwar haben sich in einer Reihe von Städten Bürger zusammengefunden, um Vergangenheit und Gegenwart ihrer Stadt zu studieren, das städtebauliche Geschehen zu beobachten und gefragt oder ungefragt dazu Stellung zu nehmen. Wo es geschah, haben Städtebauer meist verstanden, dieses Interesse zu fördern und zu nutzen. Die Bemühungen Hillebrechts und anderer sind weithin bekannt geworden.

In Bremen leistet die „Aufbaugemeinschaft“ seit Kriegsende gute Dienste. Ihre Zeitschrift wurde folgerichtig auch das Organ der Gesellschaft „Bürger und Stadt“. Mit gleicher Intensität beschäftigen sich Hannoveraner Bürger unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Röhrig in der „Aufbaugemeinschaft Hannover“ mit dem städtebaulichen Geschehen ihres Lebensbereiches. In Düsseldorf, in Lemgo, in Moers, in Soest, in Singen am Hohentwiel und in vielen anderen Städten bemühen sich Bürger in verschiedensten Organisationsformen um ihre Stadt. Bürgervereine, alte und neue Nachbarschaften arbeiten in ähnlichem Sinne in ihren Stadtteilen. Dieses oft spontan geäußerte und spontan wirksame Interesse beweist zwar ein latent vorhandenes Interesse mancher Bürger an ihrer Stadt, es offenbart aber auch, daß angesichts der Bedeutung dieser Anteilnahme allzu vieles dem Zufall überlassen bleibt, daß allzu viele nicht mitdenken

und sich der Tatsache nicht bewußt sind, daß die Stadt ihre größere Wohnung ist. „Der Stadtplan geht uns alle an!“ — dieser gut erfundene Slogan hat sich leider nicht durchgesetzt. Der Bürger hält Abstand zu seinem Rathaus. Er verringert diese Distanz selbst dort nicht spürbar, wo das Rathaus um sein Interesse wirbt. Weder die starke Beteiligung an „Tagen der offenen Tür“, die manche Stadtverwaltung veranstaltet, noch gelegentliche Leserbriefe in den Tageszeitungen sind schlüssige Gegenbeweise. Jene entspringt einer Neugier an den Einsatzmöglichkeiten von Feuerwehr und Polizei oder an den technischen Prozessen in Versorgung und Verkehr, die meist rasch wieder abflaut. Und Leserbriefe drücken in der Regel nichts anderes als spontanes Mißfallen an dieser oder jener Einzelmaßnahme aus, etwa an einer Erhöhung der Fahrpreise für die Straßenbahn oder an einem allzu modern anmutenden Kunstgegenstand, den die Stadt erworben hat*.

Im Städtebau geschieht es immer wieder, daß Interesse sich am falschen Objekt und in falscher Weise äußert. Ein Beispiel: Die Verwaltung einer Mittelstadt hatte den Kauf eines Grundstückes abgelehnt, weil es im Grüngelände lag und der Bauherr erkennen ließ, daß er beabsichtige, es zu bebauen. Im zweiten Antrag wurde behauptet, das Grundstück sei nicht zur Bebauung bestimmt; der Kauf wurde dann mit einem Bauverbot genehmigt. Trotzdem wurde ein Wohnhaus angefangen und trotz mehrfacher Stilllegungen bis zu den ersten Anfängen des Obergeschosses weitergebaut. Erst dann wurde ein Exempel statuiert und der Abbruch veranlaßt. Darauf Empörung in der Bürgerschaft, Umzüge, Anrufe bei der Behördenleitung mit übelsten Beschimpfungen selbst in der Nacht.

Beides ist in der Demokratie nicht tragbar, weder die völlige Interessenlosigkeit noch der spontane Ausbruch aus falschem Anlaß, und beides ist darauf zurückzuführen, daß der Gesetzgeber dem Stadtbürger zwar die Verantwortung für das städtebauliche Geschehen übertragen hat, niemand aber es übernahm, ihn durch die systematische Vermittlung städtebaulicher Bildung in die Lage zu versetzen, die ihm übertragene Aufgabe auch zu erfüllen.

Man könnte einwenden, die Stadt werde überhaupt abgelehnt und daher bestände auch keine Veranlassung, sich für sie zu interessieren und sich für ihren Bau und ihre Gestaltung einzusetzen. Man könnte darauf hinweisen, daß der Bürger sich in die Privatheit des Radios und des Fernsehschirms zurückzieht, daß er an jedem Wochenende so rasch wie möglich der Stadt flieht, daß das gleiche wie eine jährlich wiederholte Völkerwanderung an jedem Ferienanfang stattfindet und daß nichts, keine Überfüllung der Autobahnen, keine Unfälle, ihn von dieser Flucht abhält.

Dem muß man entgegenhalten, daß andererseits Stadt gewollt wird.

Vom Lande und aus der Landschaft sehnt sich der „Flüchtling“ zurück in die Stadt. In der Stadt ist er durchaus Bürger seines Stadtteiles, und es ist nicht gleichgültig, ob er als Berliner in Dahlem wohnt, in Lichterfelde oder Westend, und Neu-Westend und Alt-Westend sind für ihn wesentliche Verschiedenheiten. Das gleiche gilt in Paris für das Quartier Latin, die Iles St. Louis und das Quartier Marais; und erst außerhalb der großen Stadt ist der Bürger Berliner, Pariser oder Londoner.

Dieses Zugehörigkeitsgefühl reicht jedoch nicht aus, um bis zu einem ernsthaften Interesse an der Stadt durchzustoßen.

Dafür gibt es Gründe:

1. Die Stadtdemokratie ist heute nicht mehr Staatsdemokratie wie in der griechischen Polis. Auch selbst in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen fehlt daher die Dramatik der großen Politik.
2. Es fehlt die Möglichkeit, die städtische Umwelt als solche zu erkennen: „Was mich nicht interessiert, das übersehe ich“.
3. Es fehlt das Vermögen, Stadtform zu erkennen und zu beurteilen.
4. Es fehlt für Bürger — wenn er nicht Gemeindevertreter ist — anders als in den Vereinigten Staaten jede Möglichkeit zu aktiver Mitarbeit.
5. Es fehlt eine Organisation, die Interesse und Verständnis wecken und fördern könnte.

Infolgedessen fehlt dem Städtebau ausreichendes politisches Gewicht.

Dem Stadtplaner fehlt der Gesprächspartner.

Es fehlt ein Ausgleich der Kräfte. Manches setzt sich in Stadt und Städtebau durch, einfach, weil die Kraft der Tatsachen dazu zwingt, wie die Schwierigkeiten des Verkehrs, die Notwendigkeit, Wohnungen zu bauen oder Arbeitsstätten zu schaffen. Andere Bereiche besitzen diese zur Beachtung zwingende Potenz nicht, sie bleiben daher gewissermaßen ohne Anwalt.

Unsere Städte werden so vorwiegend für den berufstätigen Erwachsenen unter Vernachlässigung der heranwachsenden und der alternden Bevölkerungskreise gebaut. „Grün“ muß, auch wenn es nicht unbedingt zwingend ist, anderen Anforderungen weichen. Siedlungen werden des bequemeren Verfahrens wegen in Formen gebaut, die vor dreißig Jahren sinnvoll waren, seit dieser Zeit aber überholt sind.

Ausgleich und Wende wäre zu erreichen, wenn der Stadtbürger die Möglichkeit hätte, sich städtebaulich zu bilden, gemeinsam mit Gleichgesinnten, mit Städtebauern, mit Stadträten zu diskutieren und sich in angemessener Weise zu äußern. Vieles ist im einzelnen als Aufgabe in diesem Sinne denkbar, wenig aber ohne eine zusammenfassende und auswertende Organisation.

Wie weitgehend der Bürger am Geschick seiner Stadt interessiert werden kann und wie sehr eine breite Schicht architektonisch und städtebaulich gebildeten Bürgertums Voraussetzung und Basis guter Leistungen sein kann, zeigen die Verhältnisse in der Schweiz. Ausgezeichnete Schulen und der Zwang, als ein Teil des Souverains „Volk“ auch über einzelne Planungs- und Baumaßnahmen durch Abstimmung seine Meinung sagen zu müssen, schaffen die Grundlage dafür, daß die Schweiz nicht nur ein hohes bauliches Allgemeinniveau hat, sondern auf dieses hohe Niveau heute eine Spitzenleistung nach der anderen setzt.

Vielleicht die schönste Frucht dieser Tatsache ist die Bereitschaft der Bürger, die Gesellschaft „Pro Juventute“ ideell und finanziell zu unterstützen, die neben manchem anderen jene

vorbildlichen Freizeitheime für Kinder und Erwachsene geschaffen hat. Ihr Geschäftsführer hat nicht nur an der Aachener Hochschule mehrfach über seine Arbeit berichtet. Er hat folgerichtig auch die Bildung der Gesellschaft „Bürger und Stadt“ von Anfang an unterstützt. Man braucht nur Schweizer Tageszeitungen zu lesen, um zu spüren, wie sehr die Bürger sich auch als Stadtdemokraten fühlen.

Die Gesellschaft „Bürger und Stadt“ könnte in Deutschland Ähnliches erreichen. Sie könnte das Interesse an der Geschichte des Wohnortes oder der Stadt allgemein wecken. Sie könnte die Sinne schulen, um das Fluidum der Stadt bewußt zu spüren.

Die Stadt könnte als Ausdruck gesellschaftlicher Wandlung vermittelt werden. Vielleicht wird es möglich, Bürgerinnen und Bürger wie in den USA auch aktiv am Geschehen in der Stadt teilnehmen zu lassen.

Stadtform ist den wenigsten bewußt, einfach, weil kaum jemand gelernt hat, sie wahrzunehmen, sie zu erleben oder gar zu werten. Ausstellungen von Malern sind oft überfüllt, und wenn auch oft Sensation und die Notwendigkeit dabei-zusein und mitreden zu können eine Rolle spielen mag, so ist doch wenigstens Interesse im Sinne von „Dazwischen-sein“ vorhanden.

Die wichtigste Voraussetzung ist, überhaupt erst sehen zu lernen. Jakob Burckhardt hat einmal gesagt, er habe auf einer Italienreise einen Begleiter gehabt, dessen Auge zwar auf viele Dinge gerichtet, aber auf wenige Dinge eingerichtet gewesen sei. Dieses Einrichten des Auges auf die Stadtform scheint mir ein wesentliches Anliegen unseres Vorhabens zu sein. Zunächst soll einmal in jedem Heft der Zeitschrift ein Thema in diesem Sinne kurz besprochen werden. Städtebauliche Führer durch einige Städte werden vorbereitet, Seminare, Excursionen sind denkbar. Städtebauführungen sind so wichtig wie Führungen durch Kunstaustellungen.

Besonders notwendig ist es immer noch, die Bewohner von „Siedlungen“ anspruchsvoller zu machen, indem man ihnen den Unterschied vorführt zwischen dem, was sein könnte, und was in anderen Ländern üblich ist, und dem, was man ihnen in vielen Fällen in Deutschland anbietet.

Was nicht geschehen sollte, wäre der Eingriff in die Sphäre des Fachlichen. Nicht Städtebau-Wissen sollte vermittelt werden, sondern städtebauliche Bildung.

Das „Wie“ muß gemeinsam gesucht und gefunden werden. In den einzelnen Städten könnten Stadtgruppen sich mit ihrer Stadt beschäftigen — es geschieht öfter schon, als man gemeinhin erfährt — sie könnten einander besuchen, um Nachbarstädte zu studieren, gemeinsam könnte man in Arbeitsstellung Zentralaufgaben behandeln. Seminare über Sonderthemen, gemeinsame Reisen sind vorgesehen. Außer den regionalen Gruppen sind überregional zusammengeschlossene Vereinigungen, Verbände usw. ebenso willkommen, wie Einzelpersonen. Die Zeitschrift soll alle miteinander verbinden.

Das Ziel aller gemeinsamen Bemühungen sollte es sein, vom Städtebau her Stadt-Demokratie zu fördern, und im Stadtbürger auch den Staatsbürger anzusprechen.



**NORD
KREDIT**

DIE GUTE BANKVERBINDUNG

**NORDDEUTSCHE
KREDITBANK**

BREMEN · BREMERHAVEN · EMDEN



Stadtplan - Spielform der Demokratie

Von Will Schwarz

Die Neujahrsansprache 1965 des Herrn Bundespräsidenten enthält die Sätze:

„Dabei wird uns auffallen, daß neben erfreulichen Erfolgen manches sichtbar geworden ist, was unsere Besorgnis erregen muß. Ich denke dabei im Augenblick nicht an die engere menschliche Gemeinschaft, sondern an die beunruhigende Entwicklung, die unsere parlamentarische Demokratie in den letzten Jahren genommen hat.“

Und er schließt:

„Lassen Sie uns, meine lieben Mitbürger, das neue Jahr mit dem festen Willen beginnen, unsere Bürgerpflichten entschlossen und ohne Zögern zu erfüllen. Nur dann dürfen wir hoffen, daß wir die uns bedrohenden Gefahren überwinden, und daß sich nicht die Entwicklung wiederholt, die wir in der Weimarer Republik erlebt haben.“

Nachdem mit der Autorität dieses hohen Amtes geradezu eine Provokation an alle erging, über die Weiterentwicklung unseres demokratischen Lebens nachzudenken und unsere Mitwirkung bei der Ausgestaltung dieses Lebens anzubieten, dürfte jeder Zweifel an der Legitimität der auf der Mainau beschlossenen Gründung der Gesellschaft „Bürger und Stadt“ irrelevant sein.

In der demokratischen Gemeinschaft sollen sich Wunsch und Wille des Bürgers durch den Mund des mit dem Mandat beauftragten Politikers ausdrücken. Er selbst wird dann dieses Wünschen und Wollen des Bürgers mit seinen eigenen Ideen anreichern.

Aber selbst der hochqualifizierteste Politiker kann in der Demokratie erst dann wirksam werden und seine Ideen verwirklichen, wenn es ihm gelingt, für das erstrebte Mandat eine Quantität an Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, die diejenige seiner Rivalen überwiegt. Und da die Wählerstimme des Geistigen nicht mehr zählt als die des Banausen, die Geistigen aber in der Minderzahl sind, läßt sich leicht erkennen, welcher Mittel er sich bedienen muß, um auf das Podium zu kommen, von dem aus politische Wirksamkeit möglich ist. Darin deutet sich das Dilemma des geistigen Niveaus der Demokratie an.

Es zeigt sich dabei zunächst einmal, daß es dem bedenkenlosen Verführer leichter fallen wird, Wählerstimmen auf sich zu vereinigen als demjenigen, der ehrlich und einem höheren geistigen Niveau entsprechend sich für eine Führungsrolle anbietet.

Das „An-die-Macht-kommen“ Hitlers auf legalem Wege ist das historische Beispiel dafür. Mit wissenschaftlicher Präzision hatte sein Spießgeselle Goebbels die Methode dafür ausgedacht. Hätten wir diese bittere Erfahrung nicht, so könnte ein solcher Hinweis auf die Möglichkeiten des politischen Falschspieles gegebenenfalls von einem Politiker lauterer Charakters als ein Angriff auf seine Lauterkeit und seine Integrität aufgefaßt werden. So aber gehört dieses Mißtrauen leider ins demokratische Kalkül; es außer acht zu lassen, birgt die Gefahr einer leichtfertigen Auslieferung der demokratischen Rechte an Verschwörer gegen die Demokratie in sich.

Das gilt für die „Staatsreform Demokratie“ wie für das demokratische Gemeinwesen, das wir mit dem Begriff „Stadt“ umreißen. Der auf der Mainau gewählte Name unseres Freun-

deskreises drückt bereits aus, daß wir unser Bemühen dem letzteren widmen wollen — und der Untertitel weist konkret darauf hin, daß der **Bau** der Stadt gemeint ist. Beide zusammen, „Bürger und Stadt“ — „Gesellschaft für Städtebau“ deuten an, daß dieser Komplex nicht vom Fachmann allein gesehen werden soll, und so bitte ich mir nachzusehen, daß ich glaube politische Begriffe vorausstellen zu müssen, und ich glaube auch, daß man ohne Einbeziehung politischer Überlegungen dieses Thema in seiner Tiefe überhaupt nicht ausloten kann.

Der Fachmann kann an den Stadtbau möglicherweise unpolitisch denken, weil er hauptsächlich mit seiner Technik beschäftigt ist, der Bürger aber darf das nicht. Für ihn ist die Stadt eine politische Gemeinschaft und immer noch die „Polis“. Da aber auch der Fachmann zunächst Bürger ist, ist er auch berechtigt, die Sache des Bürgers zu der seinen zu machen. Für ihn, den Bürger, ist die Stadt nicht nur eine Gebäudegruppierung und eine Integration der verschiedensten Funktionen, für ihn muß diese Gruppierung bis in ihre Einzelheiten hinein der Ausdruck seines Wollens und Wünschens, zutreffend auf seine ihm angenehme Lebensform, sein. Um diese Lebensform bemüht er sich vor allem politisch. Daran muß er unentwegt von Generation zu Generation gestalten. Für sie tritt er, soweit man die menschliche Geschichte verfolgen kann, sogar den Kampf bis an die Grenze seiner Existenz an und mit vollem Recht; es ist das Recht auf sein Leben schlechthin. Wie und auf welche Weise kommt er nun zu diesem Recht? Oder anders ausgedrückt: Wie bewahrt er sich dieses Recht seiner Lebensgestaltung?

In der Theorie ist das relativ einfach und klar. Der Bürger überträgt, da nicht alle zugleich sprechen können, seine Stimme, sein Mandat, auf einen Mitbürger seines Vertrauens. Und schon wird — wie wir eingangs sahen — die Sache kompliziert und verwirrend. Nun, diese Kompliziertheit haben wir anzuerkennen, sie ist ein Wesensmerkmal der Demokratie. Sie zu beklagen wäre destruktiv und hilft uns nicht dabei sie zu entwirren.

Je größer ein Gemeinwesen wird, um so komplizierter werden die sozialen Verklammerungen und die Zwangsläufigkeiten und entsprechend vergrößern sich auch die Spannungen. Spannungen, die da entstehen, wo sich das Individuum oder die Gruppe in seinen Lebensrechten beeinträchtigt fühlt. Das Anwachsen dieser Spannungen meinte wohl auch der Herr Bundespräsident, als er von der „beunruhigenden Entwicklung“ sprach, „die unsere parlamentarische Demokratie in den letzten Jahren genommen hat“. Diese Unruhe, dieses Unbehagen sind es ja auch wohl, was uns zusammenführt. Aus all den bewegten Klagen darüber, daß wir trotz des erreichten Lebensstandards weit hinter dem Bildungsniveau, der politischen Reife, dem kulturellen Standard, dem künstlerischen Anspruch anderer europäischer und außereuropäischer Länder und Nationen zurückgeblieben seien, spricht ja das Unbehagen am Versagen in einem Bereich des Lebens, der mit Elan allein nicht ausgefüllt werden kann. Was Lebenskraft und Elan vermögen, haben wir an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft und unserer Städte demonstriert. Wenn wir damit Quantität meinen, und die ist es ja, die uns immer wieder durch Rekordzahlen bewiesen wurde, ist alles in Ordnung. Was durch Fleiß, guten Glauben an die Rechtschaffenheit rastlosen Schaffens und mit Organisationstalent zu erreichen war, ist erreicht.

Aber das gerade ist es ja, daß wir zu spät merken, daß das, was uns in dieser Hinsicht von den Einpeitschern des Massenkonsums, die um die Kontinuität der Massenproduktion besorgt sind als höchstes Ziel vormanipliert wurde, zu wenig ist, um unser Leben zu füllen und die notwendige Vorsorge für das Leben der Zukünftigen zu treffen.

Mit einer großen Quantität von Häusern kann man zwar einer mannigfaltigen Anzahl von Menschen ein Dach über dem Kopf bieten; aber ob sie damit schon „wohnen“, darüber sagt die imponierendste Zahl der Quantitätsbeweise leider gar nichts aus.

Natürlich war das „Dach über dem Kopf“ in einer bestimmten Zeit der Not das Primäre. Aber es wird uns ja täglich klargemacht, daß diese Zeit der Not von einer Zeit des Wohlstandes abgelöst sei. Wenn nun trotzdem ein Notstand vorliegt, wo liegt er denn vor? Wir lesen und hören über ihn täglich, und es gibt geradezu einen Trend dazu, diesen Notstand zu erläutern.

Trotz der Masse von neugebauten Schulen erklären die Kultusminister den Bildungsnotstand und den Tiefstand unseres Bildungsniveaus. Führende Wissenschaftler weisen auf den Rückstand gegenüber dem Wissensstand in anderen Ländern hin. Die Universitäts-Neubauten schießen daraufhin nur so aus dem Boden. In der Bildenden Kunst — einstmals die Domäne unserer Nation — spielen wir, trotz des hektischen Ausstellungsrummels, der massenweisen Verleihung von einschlägigen Preisen und beachtlichen Besucherzahlen in unseren Museen, international gesehen, so gut wie keine Rolle; oder wenn, dann doch nur eine kleine. Wenn man sich in der dramatischen Kunst der Zeit orientieren möchte, kann man bei uns lange nach einem Dichter suchen, der den Anschluß an die angelsächsische oder schweizerische Bühnenliteratur gefunden hätte. Trotz der erstklassigen Theaterbauten mit ihrer überdimensionalen Bühnentechnik und den immer ausgebuchten Abonnements reicht die Qualität der Aufführungen nur selten an diejenigen einer vergleichsweise kleinen Bühne wie der Züricher heran.

Vom deutschen Film sollte man trotz Festivals mit Monstrepremierer in diesem Zusammenhang erst gar nicht reden.

Quantitativ gesehen ist das alles imponierend und dahinter steht beste deutsche Tüchtigkeit, ganz gewiß. Aber daß trotz schöner Schul- und Universitätsbauten der darin erzogene Staatsbürger nicht ausreichend mit dem versorgt wurde, was das moderne Leben an Wissen und Kenntnissen von ihm verlangt, und daß trotz großzügiger Theaterbauten nur provinzielles Theater bei uns die Norm ist, und daß in den sauberen und hygienisch einwandfreien Altersheimen die alten Menschen unter Vereinsamung leiden, das ist sicherlich nicht imponierend.

Und wenn wir fragen, wieso es dazu kam, obschon wir unser Bestes taten und guten Willens waren, dann bleibt die Frage nach dem Besten eben für uns alle eine Frage. Und die kann nur von uns selbst beantwortet werden, denn wir alle sind ja an diesem Zustand beteiligt, außerdem nennen wir uns ja Demokraten. Und Demokraten können sich mit ihrer Verantwortung nicht hinter Regierenden verschansen. Sie selbst sind es ja, die ihre Regierung bestimmen und dadurch regieren. Und wenn bei der Quantität, die erreicht wurde, die Qualität zu kurz kam, dann müssen wir uns fragen, ob wir überhaupt die Forderung nach der Qualität stellten und wie wir sie stellen wollen. Und das bezieht sich nun direkt auf unsere neugegründete Gesellschaft. Was kann sie in dieser Situation tun, was beabsichtigt sie zu tun?

Stadtbaukunst und Architektur sind, wie alle Kunst, Literatur und Wissenschaft, „Geist“.

In der heutigen gesellschaftlichen Situation nimmt der Geist die Position der Minorität ein.

In diesem Bezirk bieten leider Mehrheitsbeschlüsse — die Formel der demokratischen Entscheidung — wenig Gewähr für das Durchsetzen der höchsten Qualität.

Das mag für die „Pauschale“ Demokratie nicht entsprechend sein, es sagt aber etwas darüber aus, daß man ein Vakuum innerhalb dieser Pauschale auszufüllen bemüht bleiben muß.

In dieses Vakuum gehört zweifellos etwas, was weder mit Mehrheitsentscheidung noch mit Diktatur gemeinsam hat.

Als kürzlich ein sehr erfahrener Kommunalpolitiker, der zugleich Bundestagsabgeordneter und vor allem erfolgreicher Bürgermeister seiner allseits beachteten Stadt ist, gefragt wurde, wie man es mache — als Politiker —, obschon er ja von der Quantität seiner Wählerstimmen abhängig sei, die Stimme der Qualität zu hören und ihr den ihr gebührenden Raum in den für seine Entscheidungen notwendigen Überlegungen einzuräumen, gab er zur Antwort, daß es an jener Minorität sei, die für sich in Anspruch nähme, die Qualität zu erkennen, sich bemerkbar zu machen, sich zu engagieren, wie er es nannte.

Sowie auf der Mainau die Ziele der Gesellschaft „Bürger und Stadt“ anoisiert wurden und wie es verstanden werden konnte, ist es der Sinn der Gesellschaft, an Fragen des Städtebaues durch gesellschaftliche Überlegungen mitzudenken, mitzufragen und mitzuwirken. Und zwar soll das Schwergewicht in bezug auf die Zusammensetzung der Mitgliederzahl bei den Bürgern und nicht bei den Fachleuten — in diesem Fall bei dem Architekten und den Stadtplanern — liegen. Das bedeutet also, daß vornehmlich Gedanken, die das gesellschaftliche Zusammenleben fördern, verfolgt werden sollen. Gedanken, die zu einer Verbesserung der jeweiligen gesellschaftlichen Situation — soweit sie mit städtebaulichen Mitteln erreicht werden kann — führen könnten. Gedanken, die der Reform unseres Bildungswesens gewidmet sind, Gedanken, die darauf gerichtet sind, die Kluft zwischen Eltern und Kindern, zwischen Jugend und Alter zu vermindern. Und so weiter und so fort.

Alles das sind Fragen, die der Qualität des Städtebaues und des Bauens generell zugute kommen könnten, wenn sie zur rechten Zeit, am geeigneten Ort und überzeugend genug gestellt werden. Aber alles auch wiederum Dinge, für die es nicht leicht ist, eine große Majorität zu finden, die bereit wäre, sich dafür zu engagieren.

Man wird das beachten müssen, um uns vor Enttäuschungen zu bewahren.

Für Bürgerpflichten, mit denen Interessenvorteile nicht verbunden sind, sind nicht sehr viele zu interessieren. Aber andererseits gehen die entscheidenden Impulse — auch in der Demokratie — in der Regel von Minoritäten aus.

Was unter den entscheidenden Impulsen in unseren Städten zu verstehen ist, ist der Gleichklang, wenn nicht gar der Vorrang, der der Qualität vor der Quantität, bei allem was gebaut wird und gebaut werden muß, gegeben wird.

Ein Beispiel dafür gab in Mainau Dr. Ledermann in seinem Vortrag über die Freizeit-Centren in Zürich. Es kann sicherlich nicht die Aufgabe sein, hier und jetzt schon fertige Lösungen anzubieten oder einen Katalog von Fragen aufzustellen.

Es geht zunächst darum, zu klären, ob unter uns Bürgersinn und Wille zur Stadtgestaltung genügend vorhanden ist, um das Engagement, von dem jener Politiker sich eine Bereicherung der demokratischen Lebensform versprach, einzugehen. Daß damit parteipolitisches Engagement nicht gemeint ist, sollte wohl des besseren Verstehens wegen angeführt werden. Über das Engagement des Bürgers an die Stadt der heutigen Gestalt und Größe ist in den letzten Jahren oft und viel gesprochen worden. Man weiß nicht, ob man erwarten kann, daß sich wieder eine Identität zwischen Bürger und Stadt einstellt, wie wir sie aus der Überlieferung — beispielsweise in der mittelalterlichen Stadt — kennen. Der dort und aus der Antike bekannte Bürgersinn und Bürgerstolz können sich vielleicht infolge der Komplexheit des heutigen Begriffs „Stadt“ gar nicht mehr bilden, weil die Mobili-

tät unseres ganzen Lebens eine Freizügigkeit ermöglicht, die insbesondere in den Arbeiterschichten noch gar nicht voll ausgenutzt wird, oder sagen wir besser: uns erst in seinem Entwicklungsstadium bekannt ist.

Prof. Kühn hat vor mehreren Jahren einmal bei einem Dortmunder Gespräch das Postulat aufgestellt, daß Stadtplanung bereits in der Volksschule beginnen müsse. An der Richtigkeit dieser These hat sich nichts geändert, trotz der Fortschritte, die in diesem Sinne hier und dort festzustellen sind.

Ein gewisses Bildungsniveau ist sicherlich notwendig, um dieses Ensemble aus Gebäuden, Verkehrswegen, komplizierten Versorgungseinrichtungen, diffizilen Energiemechanismen, sozialen Verflechtungen, das wir „Stadt“ nennen, in seiner ganzen Furchtbarkeit, aber auch in seinem hinreißend schönen Ausdruck der Lebenskraft des Menschen zu begreifen und bis zur leidenschaftlichen Hingabe zu lieben. Aber das müßte er wohl mitbringen, der Bürger, den wir meinen, wenn wir ihn für eine Gemeinschaft „Bürger und Stadt“ interessieren. Und nicht nur das. Es klingt zwar etwas pathetisch, aber es ist sicher erlaubt, die Eigenschaft, die man von ihm erwarten müßte, mit „moralische Verantwortung“ zu bezeichnen.

Der Bürger, den wir meinen und suchen müssen, sollte sich als Instanz in seiner eigenen Person empfinden. Ohne ihn läuft die Vereinigung Gefahr, so etwas wie eine „Städtebau-Laienspielschar“ zu werden.

Weiter ist zu bedenken, daß andererseits mit der erklärten Absicht, der Verbesserung der Qualität zu dienen, überhebliches Elitedenken nicht verbunden sein kann. Jede Neigung in diese Richtung würde die Stoßkraft der vorgebrachten Argumente deshalb wirkungslos werden lassen, weil eine Abwehrfront aus demokratischem Mißtrauen die unausbleibliche Folge sein würde.

Worauf es wahrscheinlich entscheidend ankommt, ist, ein gesellschaftliches Element im politischen Raum der Stadt zu sein, welches als Partner der Politik entschlossen ist, Mitbürgern und den die Interessen der Bürger vertretenden Politiker Hilfe zu leisten beim Auffinden von Mängeln an der Planung und im Leben der Stadt. Und das in Form von Anregung und gegebenenfalls in Form von Kritik.

Die Erfahrungen, die man aus Fehlplanungen ziehen kann, sollen Impulse der Stadtplanung sein. Die Crux ist dabei nur, daß in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft alle Verbesserungen dadurch in der Regel um eine Generation zu spät kommen.

Daß städtebauliche Probleme heute nicht mehr allein von Fachleuten gelöst werden können, ist so oft gesagt worden, daß es beinahe peinlich wird, es immer nochmals zu wiederholen. Aber das Planen muß nun einmal von Fachleuten gemacht werden. Sie leben jedoch nur in seltenen Fällen in dem, was sie plant. Sie können sich kaum selbst kontrollieren. Was ihnen fehlt, ist ein Echo, das sie auf kurzem Weg erreicht. Es wäre sicherlich schon etwas damit gewonnen, wenn der Stadtplanung eine spontane Reaktion gegenüberstünde. Sie fehlt bei uns. Das könnte eine Aufgabe sein, die sich diese Gesellschaft stellen sollte.

Wenn die Gesellschaft in diesem Sinne die Korrespondenz zur Planung der Städte aufnähme, so würde sie sehr bald nicht als Gegensatz dazu aufgefaßt werden können, sondern als eines der Mittel, mit denen man das eben beschriebene Vakuum unserer Demokratie ausfüllen muß.

Niemand, der die Aufforderung des Herrn Bundespräsidenten ernst nimmt, nämlich jene „daß wir unsere Bürgerpflichten entschlossen und ohne Zögern erfüllen müßten“, wird dann unsere Bestrebungen und Ziele mißverstehen.

Sauberkeit
Schütz
Sicherheit



BREMER BÜRGERSTEIG-REINIGUNG

Haftpflichtversichertes motorisiertes Reinigungswerk
Bremen, Büro und Lager: Wendtstraße 36

Tel. 441166

PAUL DASENBROOK

MALERMEISTER



BREMEN, Gustav-Adolf-Str. 7 – Ruf 38 71 67

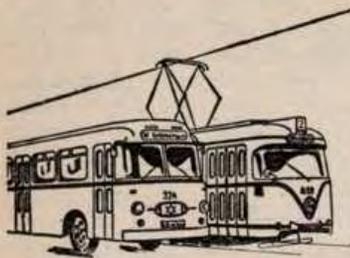
W. KELLNER & CO.

Gegründet 1908

Hoch-, Tief- und Stahlbetonbau

Sägewerk, Holzhandel, Zimmerei, Tischlerei, Weserwellsteg

BREMEN, Außer der Schleifmühle 65, Fernruf 302525



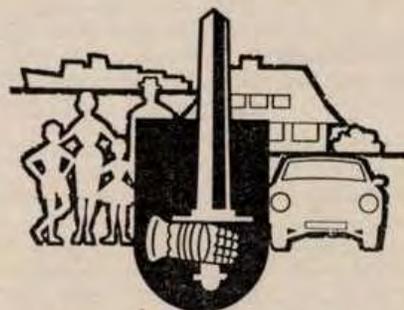
MIT UNS

schnell
mitten in die Stadt

hohe
Verkehrssicherheit

keine
Parkplatzsorgen

Bremer Straßenbahn A G



„SECURITAS“ VERSICHERUNGEN

Verbunden mit der Gilde-Versicherung AG

ein Schutzschild
gegen alle
Gefahren

SECURITAS BREMER ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AG
DIREKTION BREMEN · AM WALL 153/156 · POSTFACH 7
FERNSPRECHER 320351 · FERNSCHREIBER 02-44692



HEIZUNGSTECHNIK
BLOCKHEIZUNGEN
LÜFTUNGS- UND KLIMATECHNIK
FERNWÄRMEVERSORGUNG

RUD. OTTO MEYER



KARL A. MÜLLER ^{KG} BAUUNTERNEHMUNG

BREMEN 504248
DELLENHORST 3221

Malereibetrieb

ROBERT MEYER KG.

Bremen, Kirchbachstraße 140, Telefon 448383

Das seit Jahrzehnten bekannte Fachgeschäft für Qualitätsarbeiten und gute Fachberatung



Gezeichnet von Heinrich von Bremen

Aufbaugemeinschaft Bremen

Von Gerhard Iversen

Als nach Kriegsende 1945 Bremens Stadtbild in weiten Teilen einem Trümmerfeld glich, entstand 1945/46 die „Wiederaufbau-Gemeinschaft Sögestraße“. Bald danach ging aus ihr die „Aufbaugemeinschaft Bremen“ hervor. Es heißt in der Präambel zur Satzung: „Zum Zwecke des Wiederaufbaus Bremens haben sich die Anlieger der Geschäfts- und Kontorstraßen in mehrere Wiederaufbau-Gemeinschaften zusammengeschlossen. Sie gehen von der Erkenntnis aus, daß der einzelne das schwierige Werk des Aufbaus allein nicht durchführen kann und mit Rücksicht auf das Gemeininteresse nicht durchführen soll. Auch der Staat und seine Organe können diese Aufgabe nicht allein bewältigen, weil sie durch vielfältige politische und wirtschaftliche Aufgaben und Sorgen der Zeit überlastet sind.“

Um eine Vergeudung wertvoller Arbeitskraft zu vermeiden und die für alle Wiederaufbau-Gemeinschaften gleichen Aufgaben für alle gemeinsam zu lösen und ihnen so das nachhaltige Gewicht einheitlichen Willens und Handelns zu geben, schließen sich die einzelnen Wiederaufbau-Gemeinschaften zu einem Verein zusammen.

Zu den gemeinsamen Aufgaben gehören alle grundsätzlichen Verhandlungen mit den staatlichen Behörden über Planung, Aufräumung, Finanzierung, Materialbeschaffung, Grundstücksumlegung, Steuerbefreiung u. a. m. Auch die Feststellung der Kriegsschäden, ihre Verfolgung und ihre etwaige Nutzbarmachung für den Wiederaufbau sind Fragen gleichen Interesses für alle Beteiligten.“

Der Zweck des Vereins ist „die gemeinnützige Förderung der baulichen Entwicklung der Stadt in ihren einzelnen Bezirken und in ihrer Gesamtheit sowie darüber hinaus als regionaler Mittelpunkt des Unterweserraumes zwischen Verden und der Wesermündung.“

Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die Zuwendung von Mitteln an andere gemeinnützige Unternehmen mit ähnlichen Zielen und die Beteiligung an solchen Unternehmen sind eingeschlossen.“

Das Arbeitsgebiet dehnt sich über ganz Bremen aus. Es ist unterteilt in die Stadtabschnitte Nord, Süd, Ost, West, Stadtmitte und auf die mit Bremen landwirtschaftlich, wirtschaftlich und siedlungsmäßig verbundenen Stadt- und Landkreise an beiden Seiten der Weser zwischen dem Raum Verden und der Wesermündung. Die Stadtmitte wurde noch einmal in 8 Bezirke unterteilt. Jeder Stadtabschnitt beruft einen Arbeitskreis. Die Vorsitzenden der Arbeitskreise bilden den Vorstand. Dem Vorstand steht ein Planungs- und Aufbauausschuß zur Seite. Ihm gehören namhafte Bremer Architekten an. Sie sind gleichzeitig als Gebietsarchitekten für die Abschnitte und Bezirke tätig. Aus eigener Initiative, auf Wunsch einzelner Arbeitskreise oder des Vorstandes widmet sich der Planungs- und Aufbauausschuß vielfältigen Aufgaben. Davon seien nachstehend einige der wichtigsten genannt:

In den Jahren 1946 bis 1948 wurden Teilpläne und ein Aufbauplan für die Innenstadt erarbeitet. Der Plan wich in verschiedenen Punkten grundlegend von dem der Stadt ab. Daneben gab es noch eine dritte Planung, aufgestellt von Vertretern der Bauverwaltung und freien Architekten. Eine Einmütigkeit in den entscheidenden Punkten war nicht zu erzielen. Von der Aufbaugemeinschaft Bremen wurde ein Gutachten der „Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung“ gefordert, das im Oktober 1948 erstattet wurde. Darin wurden überraschend die Vorschläge der „Aufbaugemeinschaft Bremen“ und der „Arbeitsgemeinschaft für Stadtplanung“ bestätigt. In der Wiederaufbauplanung für die Bahnhofsvorstadt erhielt die Planung der Aufbaugemeinschaft eindeutig den Vorzug vor den anderen. Anerkannt wurde weiter, daß von privater Seite ausgezeichnete Vorarbeit geleistet wurde. In der Folgezeit ist der Planungs- und Aufbauausschuß in allen stadtplanerischen Fragen durch Vorschläge oder gutachtliche Stellungnahmen eigenständig oder für den Vorstand tätig gewesen.

- 1958 Stellungnahme zur städtischen Verkehrsplanung (Einwendungen und Vorschlag zur Ostentlastung).
- 1959 Standortvorschlag für den Neubau eines Schauspielhauses; Vorschläge zur Bildung eines Kulturzentrums.
- 1960 Stellungnahme zur Verkehrsstudie der Senatskommission für Verkehrsfragen.
- 1960 Mitarbeit an der Stellungnahme des Einzelhandels zu innerstädtischen Verkehrsfragen.
- 1964 Denkschrift — Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme im Stadtkern.
- 1965 Stellungnahme zur Verkehrsstudie Bremen-Nord der Senatskommission für Verkehrsfragen.
- 1965 Beitrag zur städtebaulichen Lösung der Ostentlastung.
- 1966 Universität Bremen — Ein Beitrag zur Planung und Gestaltung.



Luftbild Bremen
(Foto: Deutsche Luftbild KG, Hamburg — Freigabe Nr. 413243)

Andere Beiträge betrafen Fragen des Eigenheimbaues, der Baudenkmalpflege, der Stadtdurchgrünung, des Wochenmarktes, der Fußgängerbereiche, des Flughafens u. a. m.

Von der Geschäftsführung wurden in mühevoller Kleinarbeit die in alle Winde zerstreuten ehemaligen Hauseigentümer zerbombter Wohnstraßen zwecks gemeinsamen Aufbaus zusammengeführt. Von 1950 bis 1955 wurden 58 **Straßengemeinschaften** gebildet — 4000 bis 5000 Grundstückseigentümer befragt. Eine Trägergesellschaft: Die **Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau G. m. b. H.** gegründet, an der die „Aufbaugemeinschaft Bremen“ heute noch Hauptbeteiligte ist. Die Präambel zum Gesellschaftsvertrag der Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau G. m. b. H. lautet: „Um den Wiederaufbau der Stadt Bremen zu fördern, soll eine Einrichtung geschaffen werden, deren besondere Aufgabe es sein wird, die zerstörten Bremer Eigenhausbezirke wieder aufzubauen. Die einzelnen Eigentümer sind allein durchweg nicht in der Lage, ihr zerstörtes Haus, das Ergebnis jahrzehntelangen Sparwillens, wieder aufzubauen. Sie brauchen dazu die Hilfe und Führung eines leistungsfähigen Trägerinstituts, um das Verlorene wieder zu erringen. Zu diesem Zweck soll eine Gesellschaft ins Leben gerufen werden, die in erster Linie den Wiederaufbau der Eigenhäuser fördern und die Mittel hierfür beschaffen soll. Darüber hinaus soll die Gesellschaft den Besitzwillen in der Bevölkerung stärken helfen und die Fortsetzung der bremischen Tradition des Eigenwohnhauses durch Neubautätigkeit fördern. Schließlich soll die Gesellschaft auch allen bauwilligen Personen und Organisationen zur Verfügung stehen, die zur Verwirklichung ihrer Wohnbaupläne der fachlichen Betreuung bedürfen.“

Unter Führung der Aufbaugemeinschaft Bremen sind die unten bezeichneten Gründer zusammengetreten, um die Gesellschaft ins Leben zu rufen und haben ihr die nachstehend niedergeschriebene Satzung gegeben.



Wohnanlage mit Einfamilienhäusern in Bremen-Nord



Blick auf den Unser Lieben Frauen Kirchhof

Die Gesellschaft verdankt ihre Entstehung den in der Aufbaugemeinschaft Bremen zusammengeschlossenen Bürgern und Kaulleuten. Sie erwartet für ihre gemeinnützige Arbeit die Förderung und die Beteiligung des Staates, insbesondere des Herrn Bundesministers für den Wohnungsbau. Die Anerkennung als ‚Organ der staatlichen Wohnungspolitik‘ wird angestrebt.“

Gemäß den Satzungen der Aufbaugemeinschaft hat die Bremer Treuhand die Reprivatisierung des Grundbesitzes und die Eigenheimförderung auf ihre Fahne geschrieben. Von ihr wurden seit Bestehen über 30 000 Wohnungen gebaut. Die Gesellschaft erreichte inzwischen ein Bilanzvolumen von rd. DM 225 Millionen.



Deutsche Hypothekbank Bremen

Meininger gegründet 1862
Domshof 18-20 Telefon 320171 Fernschreiber 0244590

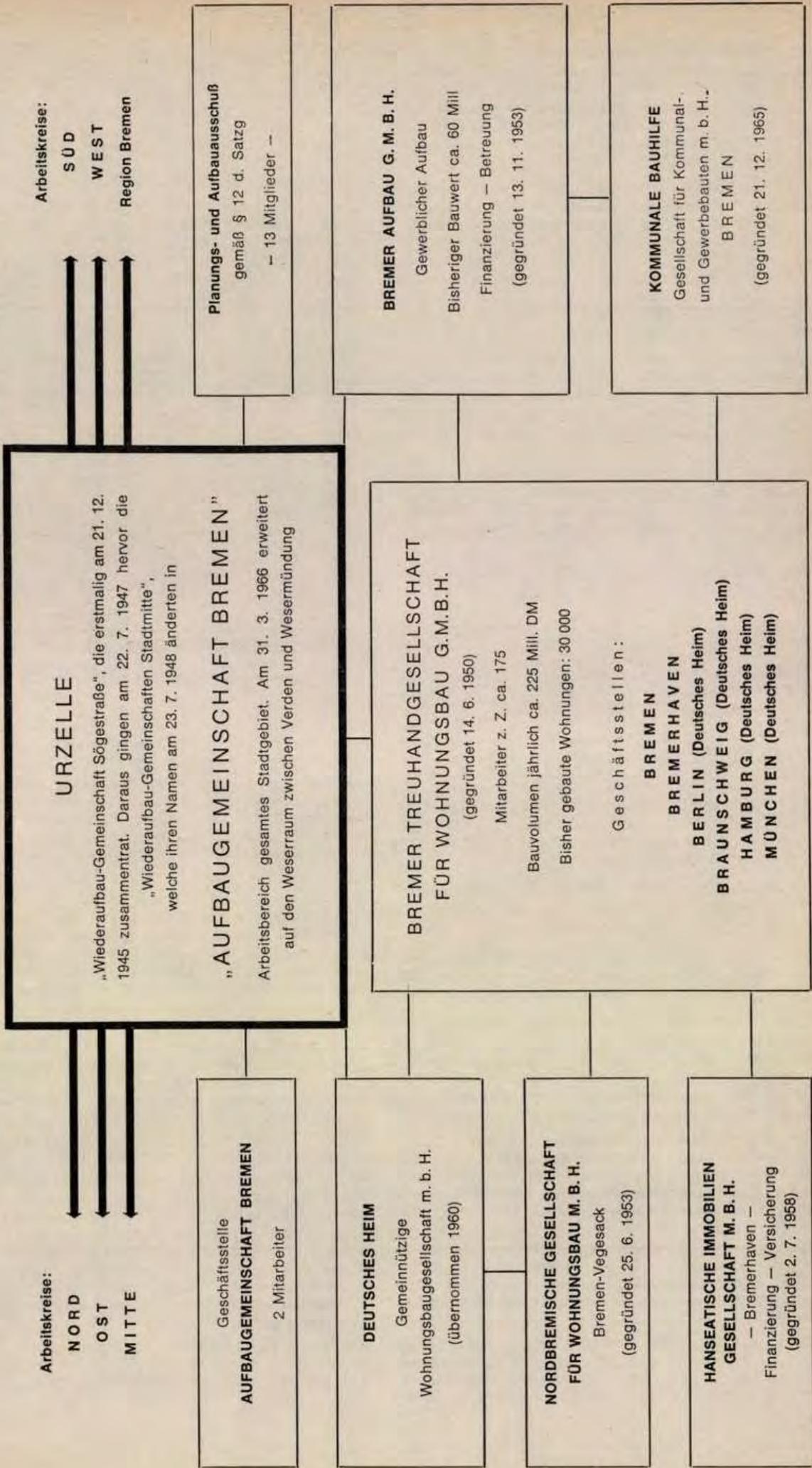
Verbriefte Sicherheit



Hypotheken
Kommunal-Darlehen
Kommunal-Schuldverschreibungen
Pfandbriefe

„AUFBAUGEMEINSCHAFT BREMEN“ Urzelle bremischer Aufbauarbeit

Darstellung eines Leistungsbeitrages zum Aufbau Bremens, hervorgegangen aus dem Initiativgeist bremischen Bürgersinns



Für den Wiederaufbau zerstörter Gewerbebetriebe vollzog sich durch Initiative der „Aufbaugemeinschaft Bremen“ die Gründung der **Bremer Aufbau G. m. b. H.** Durch sie konnte seit 1953 vielen in Familienbesitz befindlichen gewerblichen Unternehmen geholfen werden. Über diese Gesellschaft erhielten die Betreuten Staatsbürgschaften und Zinsverbilligungen für die 2. Hypothek u. a. Hilfen.

Schon 1956 wurde die Gründung einer „**Bremer Parkplatz G. m. b. H.**“ vorbereitet. Sie erfolgte dann 1957 zwar nicht ganz den Vorstellungen der Aufbaugemeinschaft gemäß. Ihre Entwicklung wird aber beobachtet und durch Planungsvorbereitungen gefördert, so z. B. durch die Denkschrift: Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme im Stadtkern. Durch die Gründung der Bremer Parkplatz G. m. b. H. wurde verhindert, daß das Parken zu einem Geschäft für Dritte wird und dadurch abstoßend auf den Kunden wirkt.

Mit anderen in der Stadt bestehenden Vereinigungen, wie Vereinigung für Städtebau, Verband Bremischer Bürgervereine, Verkehrsverein, Landesverkehrswacht, Verein für Niedersächsisches Volkstum, Grüner Kreis-Bremen, Gesellschaft der Freunde der Universitäts-Gesellschaft u. a. m. wird Kontakt gepflegt.

Auf den jeweils im Frühjahr stattfindenden **Jahreshauptversammlungen** wird durch ein Hauptreferat ein speziell für Bremen aktuelles Thema behandelt, wofür meist ein hervorragender Kenner des Sachgebietes gewonnen wird. Es sprachen z. B.

- | | |
|--|--|
| 1960 Prof. W. Wortmann
TH Hannover | von den kommenden Aufgaben des Städtebaues. |
| 1961 Dr.-Ing. H. Benedikt
Bremen | Die großen Aufgaben, vor die uns Abwasser und Müll stellen. |
| 1962 Dr. Kaufmann
Gartenbaudirektor
Stuttgart | Unsere Verantwortung für den Lebensraum des Großstädtlers, Stadtdurchgrünung. |
| 1963 Prof. W. Wortmann
TH Hannover | Leitgedanken für die Entwicklung städtischer Regionen (Landsplanung). |
| 1964 Dipl. Kaufmann Dr.
Paul W. Meyer
GfK-Ges. für Konsum-
forschung Nürnberg | Der Markt von morgen — Strukturwandlungen im Raum der Wirtschaft und deren Bedeutung für die Stadtzentren. |
| 1965 Prof. Dr.-Ing. W. Grabe
TH Hannover | „Stadtautobahn und U-Bahn“ Lösungswege für den großstädtischen Verkehr — |
| 1966 Prof. H. Jensen,
TH Braunschweig | Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung, insbesondere dargestellt am Beispiel München. |

Selbstverständlich werden neben den größeren Aufgaben viele **kleinere Anliegen** sorgfältig bearbeitet, nicht nur solche der Mitglieder. Wer mit Sorgen oder ratsuchend zur Aufbaugemeinschaft kommt, wird nicht gefragt, ob er zu ihr gehört; das sei als besondere Eigenheit vermerkt. Im Rahmen des Möglichen wird jeder Anregung nachgegangen.

Um einer sogenannten „**Betriebsblindheit**“ zu entgehen, wird in besonderen Fragen Kontakt mit einer Reihe von Großstädten in der BR gehalten. Durch Rundfragen an **Bauverwaltungen und Handelskammern** von **Düsseldorf, Essen, Frankfurt/M., Hamburg, Hannover, Kassel, Kiel, Köln, München** und **Stuttgart** wird spezielles Material gesammelt, geordnet und zur Verfügung gestellt. So in Fragen wie: Öffentlicher- und Individualverkehr, Kleingärten und öffentliches Grün, Taxiunternehmen, städtebaulicher Beirat bzw. Ausschuß für Stadtbildgestaltung, Gesellschaft für Parkhausbauten u. a. m.

Mit **Presse** und **Rundfunk** wird eine gute Zusammenarbeit gepflegt. Ein Mitteilungsblatt als Hauszeitschrift „**Der Aufbau**“ wird durch den Vorsitzenden herausgegeben. Sie erscheint 3—4mal im Jahr und enthält neben den Berichten aus der



Wallanlagen mit Stadtgraben und Wallmühle

eigenen Arbeit an erster Stelle Artikel über städtebauliche Themen von aktueller Bedeutung (Verlag „Der Wiederaufbau“, Bremen, Katharinenklosterhof 8—10).

Die der vorstehend geschilderten Arbeit zugrundeliegende Idee wurde 1955 in dem Buch „**Zeitfragen des Städtebaues**“ von Josef Wolff (Verlag Georg D. Callwey, München), derzeitiger Referent am Bundesministerium für Wohnungsbau mit folgenden Worten zusammengefaßt:

„Hier scheint es im hohen Maße gelungen zu sein, das Sonderinteresse auszuschalten und unabhängig von der Behörde, eine Planung mit dem Blick auf das Wohl des Stadtganzen aufzustellen. Es scheint weiter gelungen, dabei nicht als Gegner, sondern als Partner der Behörde zu wirken, der zwar eine eigene Auffassung entwickelt, jedoch nur, um die behördliche Planung vor Einseitigkeit zu bewahren und einer Sicht der Dinge vom anderen Standpunkt aus begründete und überzeugende Form zu geben.“

Was zur Zeit gebaut und geplant wird, gehört zu den Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Solchem Bewußtsein entspringt das erforderliche Verantwortungsgefühl, das nötig ist, wenn sich Bürger den kommunalpolitischen Aufgaben stellen. Überall werden Aufgaben anders gelagert sein, weil keine Stadt der anderen gleicht. Aber es gilt die Einsicht zu wecken: Der Stadtplan geht jeden an.

Solche Aufgaben vermöge einer Organisation zu tun, in der sich Fach- und Laienkräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden haben, dafür hat die „Aufbaugemeinschaft Bremen“ ein Beispiel gegeben. Freilich ohne Opfer an Zeit und Mühe geht es nicht. Der Kaufmann ist leider im allgemeinen wenig am kommunalpolitischen Leben interessiert, weil er meist zu sehr mit seinen eigenen Sorgen beschäftigt ist. Kommunalpolitische Sorgen werden aber heute immer mehr zu seinen eigenen.

Ein Wort von Thudykides, das Mahnung und Weckruf sein könnte, möge diesen Bericht schließen: „Die Stärke des Volkes liegt nicht in den Mauern einer Stadt und in ihren Schiffen, sondern in den Menschen.“



DEUTSCHE BAU- UND BODENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN · FRANKFURT AM MAIN

Essen · Hamburg · Hannover · Karlsruhe/Stuttgart · Mainz · München

Geschäftsstelle in Bremen, Obernstraße 76, Telefon 31 38 51

BERATUNG in allen Fragen der Wohnungsbau-
Finanzierung

FINANZIERUNGSHILFEN vor und während der
Bauzeit

TREUHAND-Verwaltung von Hypothekendarlehen
und ähnlichen Vermögenswerten

VERWALTUNG von Aufbaudarlehen nach dem
Lastenausgleichsgesetz

DIENSTLEISTUNGEN für Wohnungsunternehmen
durch das Rechenzentrum der Bank (Kapitaldienst,
Mietebuchhaltung, Kontenführung für Eigentums-
wohnungen usw.)

Die Mehrheit des Aktienkapitals der Bank, die das größte Spezialinstitut für die Vor- und Zwischenfinanzierung im Wohnungsbau und in der Wohnungswirtschaft ist, befindet sich in der Hand der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bilanzsumme zum 31. 12. 1966 betrug DM 1,15 Milliarden. Das in dieser Bilanzsumme nicht enthaltene Treuhandgeschäft hat z. Z. ein Volumen von rd. DM 793 Millionen.

HAUS- UND BODEN-FONDS (HB-FONDS)

Die bisher emittierten HB-BRIEFE der HB-Fonds 1-8 repräsentieren ein Fondsvermögen von mehr als

112 Millionen DM

Die Fondsverwaltung legt laufend weitere HB-Fonds zur Zeichnung auf. HB-Briefe bieten den Fondszeichnern:

Absolute Sicherheit durch ein grundbuchlich gesichertes wirtschaftliches Bruchteileigentum an erstklassigen, dauerhaft vermieteten Bauobjekten in Brennpunkten des Wohnungsbedarfs.

Hervorragende Rendite durch

- jährliche **Barausschüttung** von mindestens 5% des Zeichnungsbetrages sowie der Bewirtschaftungsüberschüsse.
- **Tilgungszuwachs** auf etwa das Dreifache des Zeichnungsbetrages in 40 Jahren, das sind weitere 5% im Jahresdurchschnitt.
- **Abschreibung** nach § 7 Abs. 5 EStG auf ein Mehrfaches des Zeichnungsbetrages. Die Abschreibung kommt einer weiteren Barausschüttung gleich und bewirkt bis auf weiteres Steuerfreiheit der Erträge.
- Auch bei der **Vermögensteuer** ergeben sich Vorteile durch die zur Zeit noch niedrige Einheitsbewertung.

BAUSPARER können HB-Briefe steuer- und prämienschädlich mit Guthaben aus Bausparverträgen erwerben (Erlaß des Herrn Senators für die Finanzen in Bremen vom 7. 7. 1965 in Übereinstimmung mit dem Bundesfinanzministerium und den obersten Finanzbehörden der Länder).

Treuhandbank ist die Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Berlin/Frankfurt/M.

HB-Briefe dienen ausschließlich der langfristigen sachwertgesicherten Kapitalanlage. Als solche sind sie bei größter Sicherheit hochrentabel und ermöglichen die Begründung eines dauerhaften Familienvermögens mit laufender Barausschüttung und gleichzeitiger Wertsteigerung.

Auskunft und Prospekt durch die Fonds-Verwaltung:



BREMER TREUHAND

Gesellschaft für Wohnungsbau GmbH • Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen

Hauptverwaltung Bremen • 28 Bremen, Postfach 1409 • Telefon 32 02 11 • Telex 02/44310



„Das Leibnizufer“ in Hannover

Foto: Herbert Grohe

Aufbaugemeinschaft Hannover

Von Herbert Röhrig

„Die Aufbaugemeinschaft Hannover ist von Bürgern der Stadt gegründet worden, um die bauliche Gestaltung der Stadt zu beeinflussen. Sie will Stellung nehmen zu den Plänen der Stadtgemeinde und anderen Stellen, Gegenvorschläge machen und in jeder sonstigen Weise den Aufbau der Stadt fördern.“

Sie ist darüber hinaus ein Zusammenschluß von Männern und Frauen, die sich unabhängig von politischen Anschauungen und wirtschaftlichen Interessen oder Bedingungen verpflichtet fühlen, die Entwicklung der Stadt zu fördern und zu unterstützen.“

So lautet das Vorwort, das die Aufbaugemeinschaft Hannover ihrer Satzung vorangestellt hat; sie wurde nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gegründet, als die Stadt in Trümmern lag und ein Kreis verantwortungsbewußter Männer es dem Gewinnstreben nicht allein überlassen wollte, wie sie neu zu gestalten sei. Die meisten dieser Männer waren und sind bis heute Wirtschaftler, bejahen das Gewinnstreben also durchaus als den Inhalt des eigenen Berufes, sind aber doch der Meinung, daß noch vielen anderen Gesichtspunkten Geltung verschafft werden muß, wenn es um den Aufbau einer zerstörten Stadt geht. Sinn der Gründung war es also, das Mitdenken und -handeln der Bürger am gemeinen Besten auf baulichem Gebiet wirksam werden zu lassen. Rat und Verwaltung der Stadt haben diese Überlegungen lebhaft begrüßt und in vielfacher Weise tatkräftig unterstützt. Mit vielen Verantwortlichen bahnte sich bald eine enge Freundschaft an, besonders mit dem Stadtbaurat Professor Dr. Ing. e. h. Rudolf Hillebrecht. Mit ihm zusammen machte der Vorstand dann auch schon im Jahre 1948 in einem Feuerwehrbus eine Fahrt nach Bremen, um Form und Arbeitsweise der „Aufbaugemeinschaft Bremen“ an Ort und Stelle kennenzulernen. Viele Anregungen wurden durch diese Reise gewonnen.

Die ersten Jahre inmitten der Trümmer waren ausgefüllt von praktischem Zupacken. Es zeigte sich, daß viele Eigentümer von Trümmergrundstücken nicht in der Lage waren, die mit dem Aufbau verbundenen Schwierigkeiten zu bewältigen, vor allem die Finanzierung und den Bau als solchen selbständig durchzuführen; häufig konnten auch die alten Grundstücke aus mancherlei Gründen nicht erhalten bleiben, so daß eine Neuordnung von Grund und Boden erforderlich wurde.

Die Aufbaugemeinschaft hat deshalb in zahllosen kleineren und größeren Zusammenkünften erreicht, daß sich die Grundeigentümer vereinigten, um den Aufbau durch gemeinschaftliches Handeln vorzubereiten und zu verwirklichen. Oft befanden sich die Eigentümer im vorgeschrittenen Lebensalter, waren alleinstehende Witwen oder auch verstreute Erbgemeinschaften. Deshalb wurde an die Aufbaugemeinschaft sehr bald der Wunsch herangetragen, die Planung vorzubereiten, die Verhandlungen über die Finanzierung zu führen, Mittel zu beschaffen und die gesamte Baudurchführung treuhänderisch zu übernehmen.

Eines der ersten größeren Bauvorhaben, die von der Aufbaugemeinschaft mit Hilfe einer zu diesem Zweck gegründeten Genossenschaft durchgeführt wurden, war das Wohnviertel „Rund um die Kreuzkirche“ mitten in der Altstadt. Hier gelang es schon unmittelbar nach der Währungsreform, eine glückliche Lösung zu erreichen, die weit über unsere Stadt hinaus beachtet wurde. Die mittelalterliche Kreuzkirche blieb beherrschender Mittelpunkt des neuen Wohnviertels; ihr wurden die angrenzenden Häuserzeilen zu- und unter-



„Rund um die Kreuzkirche“, Blick auf das Wohnviertel

Foto: H. Friedrich

geordnet, in einiger Entfernung schlossen höhere Bauten das Viertel schützend gegen die lärmende Umwelt ab. So entstand unmittelbar am Geschäftszentrum ein ruhiges Wohngebiet mit ganz eigener Note, das den örtlichen Gegebenheiten in vieler Beziehung liebevoll angepaßt wurde.

In ganz ähnlicher Form wurden dann auch die Baugebiete „Calenberger Neustadt“ und „Constructa-Siedlung“ beispielhaft errichtet.

Die Aufbaugemeinschaft mußte im Laufe der Jahre einsehen, daß es ihr als eingetragenen Verein nicht möglich war, weiterhin Aufgaben zu erfüllen, die einen so großen Geldumsatz bedeuteten. Deshalb gründete sie zusammen mit Banken und Versicherungen eine besondere Betreuungsgesellschaft, die **„Aufbau“ Hannoversche Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau und Stadtsanierung mit beschränkter Haftung**. Auch sie ist gemeinnützig tätig, erzielt keinen Gewinn, steht aber auf sehr gesunder Grundlage und befaßt sich mit der finanziellen und technischen Betreuung von Bauten in Hannover und einem weiten Umkreise, der bis etwa 50 km reicht.

Im Jahre 1964 erwies es sich, daß auch diese Aufgabenstellung noch nicht ausreichte; deshalb wurde zusätzlich mit anderen Gesellschaftern auch noch eine **Gewerbe-Aufbau Hannover GmbH** gegründet.

Damit möge die Linie dessen verlassen werden, was als das „praktische Zupacken“ bezeichnet wurde. Es ist mit voller Absicht aus der Aufbaugemeinschaft ausgegliedert worden,



Im Hospelfelde 35

um einen ordnungsmäßigen Betrieb und die saubere Verwaltung der Mittel zu gewährleisten. In den Aufsichtsräten sitzen die Chefs der beteiligten Firmen und bestimmen die einzuschlagenden Wege.

Durch diese Gründungen hat die Aufbaugemeinschaft selbst die Herzen und Sinne des Vorstandes frei für die übergeordneten Aufgaben, die den eigentlichen Zweck ihrer Gründung darstellten.

Sie regt an, nimmt Stellung, kritisiert, lehnt ab, bekämpft oder empfiehlt, was ihr auf baulichem Gebiet nötig zu sein scheint. Sie möchte eine Art öffentliches Gewissen darstellen, unabhängig von eigensüchtigem Interesse, politischem Streit, verwaltungsmäßigem Beharren und vorgefaßter Meinung. Diese Ziele verfolgt sie auf vielerlei Art, durch Beratungen im engeren oder weiteren Kreise, durch Verhandlungen mit Eigentümern, Interessenten, Behörden, Politikern oder sonst beteiligten Personen und Stellen. In zwanglosen Abständen veranstaltet sie **Vortrags- und Aussprachenachmittage** in einem großen Hotel der Stadt, zu denen jeweils ein- bis zweihundert Teilnehmer zusammenkommen. Oft trägt

der Stadtbaurat oder tragen einzelne seiner leitenden Mitarbeiter akute Fragen vor, Wissenschaftler oder andere Fachleute berichten über ihre Beobachtungen und Erfahrungen, Beispiele des Aufbaus aus vielen Teilen der Welt werden mit Lichtbildern gezeigt und lebhaft besprochen.

Manchmal versuchen einige Bürger, die Aufbaugemeinschaft für ihre besonderen Interessen, die sie mit einem Mäntelchen übergeordneter Gesichtspunkte verbrämen, einzuspannen; das wird in jedem Falle abgelehnt, nur Fragen des allgemeinen Besten werden erwogen und behandelt.

Es spricht für den Ruf, den sich die Aufbaugemeinschaft erworben hat, daß die Vorstandsmitglieder von Zeit zu Zeit in andere Städte gebeten werden, um sich dort zu den brennenden Fragen der jeweiligen Stadtsanierung oder ähnlichen Problemen zu äußern. Zu solchen Beratungen stehen die Herren immer gern zur Verfügung; sie freuen sich, dadurch auch die eigene Erfahrung bereichern zu können.

Die Zahl der einzelnen Probleme, mit denen sich die Aufbaugemeinschaft im Laufe ihres Bestehens befaßt hat, ist außerordentlich groß; nur ein paar wesentliche Gruppen mögen kurz gestreift werden:

Dem **Wiederaufbau der mittelalterlichen Kirchtürme** galt eine der ersten Sorgen. Einer der Herren des Vorstandes machte sich daraus eine ganz besondere Aufgabe, und sicherlich ist es auf ihn sehr weitgehend mit zurückzuführen, wenn die Silhouette der Stadt jetzt wieder von diesen Türmen geprägt wird. Ganz sind die Wünsche nicht erfüllt; der Turm der Neustädter Kirche ist noch mit mancherlei Mängeln behaftet, und das Glockenspiel auf dem Turm der Aegidienkirche wünschen wir uns noch umfangreicher und schöner. Die Bemühungen, auch das noch zu erreichen, gehen weiter.

Zu den **Fragen des innerstädtischen Verkehrs**, und zwar sowohl des ruhenden wie des fließenden, hat sich die Aufbaugemeinschaft immer wieder zum Worte gemeldet und dafür auch anerkannte Fachleute herangezogen. Die sogenannte „Raschplatz-Tangente“, ein ganz neuer Straßenzug, der die heutige Berliner und Hamburger Allee umfaßt, wurde von ihr zuerst angeregt.

Historischen Bauwerken galten ständig besondere Bemühungen. Die Aufbaugemeinschaft hat sich in die Bestrebungen eingeschaltet, das Leineschloß zum Landtagsgebäude auszubauen, und sich über den Erfolg besonders gefreut. Die Reste der Stadtmauer mit einem Befestigungsturm am Friedrichswall, die beseitigt werden sollten, wurden jahrelang lebhaft verteidigt; erfreulicherweise gelang es dann, sie in den Neubau der Volkshochschule einzubeziehen.

Über den Bau der Staatskanzlei fanden mehrere ausführliche Besprechungen mit dem damaligen Ministerpräsidenten Heinrich Wilhelm Kopf statt; sie endeten mit dem Ergebnis, das für diesen Zweck vorgeschlagene Friederikenschloßchen könne zwar nicht erhalten, der Neubau solle aber in angemessenen Formen und mit besonderer Betonung der Tradition des Ortes errichtet werden.

Eine ganze Reihe von Fragenkomplexen hing unmittelbar oder mittelbar mit **dem städtischen Grün** zusammen, an der Spitze der Stadtwald, die Eilenriede, der mehrere Gefahren drohten. Unter Federführung der Aufbaugemeinschaft schlossen sich zahlreiche Vereine der Stadt zusammen und erreichten es, daß der Rat eine „Satzung zum Schutze der Eilenriede“ erließ und einen Eilenriedebeirat einsetzte, in dem nun mehrere Vorstandsmitglieder der Aufbaugemeinschaft mitwirken.

Die **Technische Hochschule** muß unbedingt erweitert werden, doch befindet sie sich insofern in einer schwierigen Lage, als das Hauptgebäude rings von den Herrenhäuser Gärten umschlossen wird, die nicht angetastet werden dürfen. Die Aufbaugemeinschaft hat sich im Laufe der Jahre immer wieder für eine vernünftige Lösung dieser Schwierigkeiten eingesetzt und dafür erfreulicherweise durch Rektor und Senat der Technischen Hochschule eine Anerkennung besonderer Art erfahren.



Burgstraße in Hannover mit Fachwerkhäusern
Foto: Herbert Grohe

Eine andere wichtige Frage für die **Herrenhäuser Gärten** ist es, wie das Schloßgrundstück im „Großen Garten“ bebaut werden soll. Der dänische Architekt Arne Jacobsen hatte dafür ein modernes Bauwerk in Form zweier übereinander angeordneter Schalen vorgeschlagen, über das sich eine so lebhaft Auseinandersetzung entwickelte, wie es Hannover seit langem nicht mehr erlebt hatte. Auch in den engeren

und weiteren Kreisen der Aufbaugemeinschaft gingen die Wogen hoch und waren die Meinungen durchaus verschieden; einstweilen ist dieser Plan nun vertagt worden, so daß reichlich Zeit zu weiterem Nachdenken gewonnen worden ist.

Ganz allgemein hat sich die Aufbaugemeinschaft für die Begründung der Stadt eingesetzt und einen eigenen **Aufruf „Schafft Grünflächen!“** veröffentlicht, der die Eigentümer und die Behörden auffordert, soviel Grün wie nur irgend möglich in das Stadtbild hereinzuholen. In diesen Rahmen gehört es auch, daß sich die Aufbaugemeinschaft für eine vernünftige Friedhofsordnung und dagegen ausgesprochen hat, daß sich an den Ruhestätten der Toten auch ein schlechter Geschmack hemmungslos auswirken darf.

Augenblicklich stehen zwei Bauwerke besonders auf der Tagesordnung: das **neue Schauspielhaus**, das sich viele Bürger wünschen; der dafür vorgesehene Bauplatz am Raschplatz steht zur Verfügung, aber die Finanzklemme hat dazu gezwungen, den Baubeginn zu verschieben. Die Aufbaugemeinschaft gibt sich alle Mühe, dem Verein mit zahlreichen anderen Kreisen aus der Bürgerschaft den Gedanken aufrecht zu erhalten, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um den Bau doch noch zu ermöglichen.

Der zweite der erwähnten Bauten ist derjenige des **Leibnizhauses**, jenes besonders schönen Renaissancegebäudes aus dem 17. Jahrhundert, in dem Leibniz, der bedeutendste Bürger der Stadt, gewohnt hat und gestorben ist. Es ist im Kriege völlig zerstört worden, doch hat der frühere Baudenkmalpfleger von Bremen, Dr. phil. Rudolf Stein, nach den vorhandenen Unterlagen inzwischen genaue Zeichnungen der Fassade angefertigt, teilweise im Maßstab 1:1, ebenso mindestens ein Modell der plastischen Bildwerke, die den Erker geschmückt haben. Es wäre sehr wünschenswert, daß zunächst einmal alle Bildwerke des Hauses als Modelle nachgeschaffen werden, um bei der Wiedererrichtung Verwendung finden zu können. 23 Jahre nach der Zerstörung leben nicht mehr viele Menschen, die das Haus genau gekannt haben; man sollte die Zeit nutzen, um seine Wiedererrichtung wenigstens so weit wie möglich vorzubereiten.

So ist denn die Aufbaugemeinschaft froh darüber, zwei blühende Tochterfirmen tatkräftig wirken zu sehen und selbst eine immer sich erneuernde Zahl von Aufgaben vor sich zu wissen. Im Sinne des Vorwortes der Satzung fühlt sie sich unverändert verpflichtet, **„die Entwicklung der Stadt zu fördern und zu unterstützen“**.

FRANZ WITTE

Finanzkaufmann



I. und II. Hypotheken, Bauspar- und Zwischenfinanzierungen, Versicherungen.
Ich stehe in engen Vertragsverhältnissen zu leistungsfähigen Kreditinstituten.

28 BREMEN OBERNSTRASSE 56 TELEFON 31 25 06 FS 02-455 64

Aus der Arbeit der Aufbaugemeinschaft Bremen

Von Gerhard Iversen

Ideenwettbewerb Universität Bremen

Nach Ausschreibung des Wettbewerbs durch die Bauverwaltung und Studium der Wettbewerbsunterlagen fand zwischen dem Vorsitzenden der „Aufbaugemeinschaft Bremen“ und dem Senator für das Bauwesen ein Schriftwechsel statt. Der Brief der „Aufbaugemeinschaft Bremen“ vom 9. 11. 1966 hatte folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Senator!

Die ‚Aufbaugemeinschaft Bremen‘ hat in ihrer Denkschrift vom Februar 1966: ‚Beitrag zur Lösung und Gestaltung der Universität Bremen‘ empfohlen, einen Wettbewerb für einen Gesamtbebauungsplan auszuschreiben. Zu meiner großen Freude ist diesem Wunsche entsprochen. Der Wettbewerb ist inzwischen ausgeschrieben. In der Zusammenfassung zum Schluß der Denkschrift wurde angeregt:

„Der Wettbewerb sollte sich also erstrecken auf:
die Eingliederung der Universität in die Region
die Verbindung der Universität mit der Stadt
die Einordnung des Universitätsgeländes in die Landschaft
den Gesamtbebauungsplan für das Universitätsgelände
die im Zusammenhang mit der Universität zu entwickelnden Wohngebiete.“

Bei der Durchsicht der Wettbewerbsunterlagen für den aus-
gesprochenen Wettbewerb stelle ich mit einem gewissen
Bedauern fest, daß diese Empfehlungen nur zu einem Teil
beachtet worden sind. Die Eingliederung der Universität in
die Stadt und die Region ist nicht Gegenstand des Wettbe-
werbs. Meines Erachtens sollte ein so bedeutungsvolles Vor-
haben, wie eine Universität, nicht als isolierter Raum be-
trachtet werden. Den Teilnehmern sollte die Möglichkeit ge-
geben werden, soweit sie dies für erforderlich halten, ihre
Gedanken zu der Eingliederung der Universität über das
Universitätsgelände hinaus darzustellen. Dies könnte etwa
in Verbindung mit dem verlangten Erläuterungsbericht ge-
schehen. Selbstverständlich bleibt die Bearbeitung der auf
dem Universitätsgelände zu erfüllenden Aufgaben Haupt-
gegenstand des Wettbewerbs. Es sollte aber doch den Teil-
nehmern ein Stadtplan zu ihrer Unterrichtung über die Lage
des Geländes im Organismus der Stadt zugestellt werden.
Ich darf Sie unter Bezugnahme auf die Denkschrift der ‚Auf-
baugemeinschaft Bremen‘ bitten, dahin zu wirken, daß die
Ausschreibung insoweit ergänzt wird. Dem von uns allen ge-
hegten Wunsche, beste Lösungen für diese so bedeutende
Aufgabe zu erhalten, wird hierdurch sicher gut gedient.“

Darauf antwortete der Herr Senator für das Bauwesen unter
dem 27. 12. 1966:

Sehr geehrter Herr Iversen!

Sie haben mich — unter Bezugnahme auf Ihre Denkschrift —
mit Schreiben vom 9. 11. 1966 gebeten, dahin zu wirken, daß
die Ausschreibung „Ideenwettbewerb Universität Bremen“
ergänzt wird. Ich darf Ihnen auf Ihr Schreiben folgendes ant-
worten:

Mit Beschluß der Bürgerschaft von 1964 wurde der Ankauf
des für die Universität vorgesehenen Grundstücks gefordert.
Sie werden sich erinnern, daß zuvor lebhaft Diskussionen
über die Frage stattfand, an welchem Ort die künftige Uni-
versität zu Bremen entstehen solle. Es wäre nicht sehr sinn-
voll gewesen, diese bereits entschiedene Frage, nämlich die
Eingliederung der Universität in die Region, in einem Archi-
tekturwettbewerb erneut zur Diskussion zu stellen. Im
übrigen kann die Regionalplanung ihrer umfassenden Aufga-
benstellung wegen nur Angelegenheit der Bauverwaltung
sein.

Die Verbindung der Universität mit der Stadt Bremen ist,
soweit es den Verkehr betrifft, Aufgabe des Wettbewerbes.
Daß dabei die vorhandenen Straßen und die aus der Stadt-



Hölzer • Baustoffe • Kohlen • Heizöl

HERMANN LOHMÜLLER

2820 Bremen-Blumenthal • Postfach 20
Telefon (04 21) 60 00 11-19 • Telex 2-45 533

Karl M. Spies

Dachdeckung
Isolierung und Asphaltierung

BREMEN, Humboldtstr. 131
Telefon 49 04 83

Johannes Frischmann

Elektromeister

BREMEN
Wittekindsstraße 23
Ruf 61 11 26

Werner Hoffmann

Dachdeckungen und Isolierungen

BREMEN • Prangenstraße 27/29 • Tel. 49 00 81

W. Klasen

Malereibetrieb

BREMEN-OSTERHOLZ
Lindheimer Str. 44
Ruf 45 11 40

KARL RUST

Kunstglaserei
Bildereinrahmung

BREMEN
Hastedter Heerstraße 161
Tel.: 44 17 64

Ein gutes
System!

AQUADUR

Alle Schwind- und Haarrisse des
Putzes werden dauerhaft überdeckt,
ohne daß eine zusätzliche Anstrich-
Armierung erforderlich ist.

AQUADUR

hat eine ungewöhnlich große Dehnfähigkeit

AQUADUR

ist wetter-, scheuer- und alterungsbeständig

AQUADUR

ist spannungsarm, atmungsfähig und regendicht

Das System besteht aus Vorstrich und Deckfarbe
(öl- und weichmacherfrei). Wenn auf gerissenen
Flächen eine Spachtelung erforderlich ist,
arbeiten Sie mit AQUADUR-Paste.

Hochelastisch!

Brander Farbwerke GmbH, 4630 Bochum-Gerthe



Mahagoni-

Fenster
Türen
Elemente

HBI-Holz-Bau-Industrie

Fensterfabrik

Bremen: Vahrer Straße 206
Werk: Hemsbünde / b. Rtb.

Adolf Kupke

KLEMPNEREI UND INSTALLATION

Hastedter Heerstraße 26 Telefon 44 89 75

Fritz Ahrens

Elektrotechnik
Beleuchtungskörper
Neuanlagen - Reparaturen
BREMEN, Landwehrstr. 73
Ruf 38 48 17

Heinz Eicke

Kunst- u. Bauschlosserei
BREMEN
Werkstatt:
Hastedter Heerstr. 194
Telefon: 49 05 09
Wohnung: Nernstraße 1
Telefon: 48 23 45

Johann Bothe Gegr. 1874

BAUUNTERNEHMUNG
Abt. Straßen-, Tiefbau
Asphalt · Dachdeckung · Isolierung
Bremen, Buntentorsteinweg 540
Ruf 50 26 55 und 50 50 89

Carl Warnken

Bau- und Möbeltischlerei
Treppenaufbau
Bremen 11, Alfelder Straße 1
Ruf 44 45 89

Willi Heinz

Schlosserei und
mechanische Werkstatt
Privat: Flensburger Str. 55
Werkstatt:
Osterfeuerbergstraße 2
Ruf 38 75 90

Helmut Hartwig Dachdeckermeister

vorm.: Diedrich Meyer
BREMEN · Moorstraße 12a
Telefon 61 19 13

friedel lodde

elektro

meister

bremen-horn, ernst-abbe-straße 41
tel. 25 23 23
wilhelm-röntgen-straße 25

und Regionalplanung entstehenden zukünftigen Verbindungsstraßen für die Anbindung eine gewisse Voraussetzung darstellen, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung.

Die Einordnung des Universitätsgeländes in die Landschaft ist eine Aufgabe des Wettbewerbes. In der Ausschreibung wird sowohl die Gestaltung der Grünanbindung an den Stadtwald als auch die Anbindung des Wanderweges nach Kuhsiel gefordert. Darüber hinaus ist es eine selbstverständliche Aufgabenstellung jedes Ideenwettbewerbes, die Einbindung des zu gestaltenden Gebietes in die umgebende Landschaft zu klären. Es ist daher nicht notwendig, und auch nicht üblich, diese Grundaufgabe architektonischer Arbeit besonders zur Bedingung zu machen.

Da nicht daran gedacht ist, in direktem Zusammenhang mit der Universität Wohngebiete zu entwickeln, die vornehmlich der Universität dienen, konnten diese auch in eine Gesamtplanung nicht mit aufgenommen werden. Wir sind uns — übrigens auch mit den Fachpreisrichtern — einig, daß die Lage der Universität Bremen in bezug auf die Stadt durch die Nähe der vorhandenen guten Wohngebiete die Entwicklung einer Universitätswohnstadt nicht rechtfertigen würde. Es ist allgemein bekannt, daß auch den Universitätsbediensteten kein Vorteil daraus erwachsen würde, wenn sie in einem Universitätswohnghetto leben sollten. Wie auch schon im Flächennutzungsplan ausgewiesen, soll das nördlich der Autobahn Hannover—Bremerhaven gelegene Gelände weiterhin landwirtschaftlichen Zwecken dienen. Wenn etwa in einer späteren Zeit dort ein Wohngebiet entstünde, müßte es sich in seiner Gestaltung der jetzt geplanten Universität anschließen. Die beiden vorgesehenen Brücken über die Autobahn am Kuhgrabenweg und in der Verlängerung der H.-H.-Meier-Allee werden dann die Fixpunkte auch einer späteren Planung sein müssen. Wollte man jetzt schon einen Ideenwettbewerb für die neue Universität Bremen mit so weitreichenden, und auch nicht klar definierbaren Aufgaben belasten, würde man mit Sicherheit die Architektenschaft zeitlich überfordern und den Erfolg des Wettbewerbes durch zu großen Umfang der Aufgabenstellung womöglich gefährden. Sollte jedoch ein Architekt Gedanken über die Entwicklung der Umgebung äußern wollen, so steht ihm dies ohnehin innerhalb des Erläuterungsberichtes frei.

Ihre Bitte, den Teilnehmern einen Stadtplan zu ihrer Unterrichtung über die Lage des Geländes im Organismus der Stadt zur Verfügung zu stellen, erscheint in Anbetracht der bereits der Ausschreibung beigegebenen großen Anzahl farbiger Stadtpläne nicht als gerechtfertigt.

Eine bessere Unterrichtung der Teilnehmerschaft über die Gegebenheiten der Stadt Bremen dürfte kaum noch denkbar sein. Für die nähere Umgebung ist den Teilnehmern ein Katasterplan im Maßstab 1:5000 beigelegt worden.

Ich hoffe, Ihnen hiermit verdeutlicht zu haben, warum von meiner Seite Ihrer Bitte um Ausweitung der Wettbewerbsaufgabe nicht stattgegeben werden kann."

Hierauf wurde mit Datum vom 10. 2. 1967 erwidert:

„Sehr geehrter Herr Senator!

Den Empfang Ihres Schreibens vom 27. 12. 1966 in o. a. Angelegenheit bestätige ich mit bestem Dank.

Gestatten Sie mir bitte noch eine kurze Erwiderung. Offensichtlich wurde von den in der Denkschrift der ‚Aufbaugesellschaft Bremen‘ genannten und von mir wiederholten Empfehlungen die erst, die ‚Eingliederung der Universität in die Region‘ nicht so verstanden, wie sie gedacht war. Es wurde nicht beabsichtigt, eine erneute Behandlung der Grundstücksfrage zu empfehlen. Die Lage der Universität wurde als feststehend vorausgesetzt; es sollte lediglich dem Wunsche Ausdruck verliehen werden, den Zusammenhang des nun einmal gewählten Ortes mit der Stadt und Region Bremen nicht außer acht zu lassen.

Der letzte Satz auf Seite 2 Ihres Briefes läßt jedoch erkennen, daß eine Ideenentwicklung in dieser Richtung dem einzelnen Wettbewerbsteilnehmer offen bleibt. Insofern dies geschieht, wird auch wohl das Preisgericht solche Gedanken nicht von der Beurteilung ausschließen. Damit wäre im wesentlichen dem vorgebrachten Wunsche Rechnung getragen.“



»Der Grüne Kreis« Bremen

Wanderschau „Blumenfenster“

Die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft e. V. zeigt 10 Modelle in natürlicher Größe während des Jahres 1967 in folgenden Städten:

Ludwigshafen	vom 10. bis 19. März
Rüsselsheim	vom 10. bis 23. April
Karlsruhe	vom 12. bis 22. Mai
Rheydt	vom 2. bis 19. Juni
Karlsruhe	vom 27. Juli bis 6. August
Oldenburg	vom 17. August bis 3. September

Wettbewerb „Kinder malen Gärten“

Die schönsten Bilder aus dem vorjährigen Wettbewerb werden in einer Wanderschau gezeigt und sind zu sehen

in Bochum vom 26. Mai bis 3. Juni,
in Karlsruhe vom 2. bis 20. Juli und
in Nürnberg vom 3. September bis 1. Oktober.

Ferienseminare für Gartenfreunde auch 1967 Vervollkommnung als Freizeitgärtner mit Erholung in schöner Landschaft

Seit drei Jahren werden auf Anregung des Präsidenten der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Graf Lennart Bernadotte, Inselherr der Mainau, in schönen Erholungsorten der deutschen Bundesrepublik Ferienseminare für Gartenfreunde veranstaltet. Inzwischen sind sie so beliebt, daß sich mehr Teilnehmer anmelden, als für eine persönliche Atmosphäre der Seminare förderlich ist. Deshalb müssen leider viele Anmeldungen abschlägig beschieden werden. Wer Ferientage mit

der Vervollkommnung als Freizeitgärtner verbinden will, sollte sich daher möglichst bald als Teilnehmer zu einem Ferienseminar anmelden.

Bis jetzt liegen schon für drei Ferienseminare die Programme vor. Sie sind sehr sorgfältig, ja liebevoll, zusammengestellt. Durch das Mitwirken hervorragender Fachleute wird jedem Gartenfreund viel Neues und Anregendes geboten, also in bester Weise Belehrung und Erholung.

In **Überlingen**, dem bekannten Kneipp-Bad am Bodensee, findet das diesjährige Ferienseminar vom 8. bis zum 20. Mai 1967 statt. Auch ein Gartenpraktikum auf der Mainau steht auf dem Programm. Die Schönheiten der Bodensee-Landschaft ist gratis mit einbezogen. Nähere Einzelheiten teilt auf Befragen die Städtische Kurverwaltung, 777 Überlingen, Postfach 1180, mit und sendet auch das ansprechende Programm zu.

Burgsteinfurt ist ein romantisches Städtchen in der Parklandschaft Westfalens. Das dortige Ferienseminar findet vom 20. bis zum 24. Juni 1967 statt, weil es dann dort besonders schön ist. Auch dieses Programm verheißt Gartenfreunden eine Fülle von Anregungen. Der Lehrstoff wird sehr konzentriert geboten; das werden besonders diejenigen begrüßen, die schnell viel erfahren wollen. Nähere Einzelheiten teilt der Leiter des Seminars, Herr Gartenbaudirektor Willi Berndt, 443 Burgsteinfurt, Postfach 187, gern mit.

Wiehl im Rheinland ist ein beliebter Luftkurort im Herzen des Oberbergischen Landes. Dort findet das Ferienseminar vom 27. August bis 2. September 1967 statt. Eine Zeit, in der auch die weitberühmte Dahlienschau Wiehl ihren Höhepunkt erreicht. Der bewährte Leiter des Seminars ist Herr Diplomgärtner F. J. Dietrich. Es werden in erprobter Weise abwechselnd interessante Vorträge und praktische Übungen geboten. Anfragen sind an das Verkehrsamt 5284 Wiehl, Rathaus zu richten.

JOH. HARMS

BAUBESCHLAG-GROSSHANDLUNG

Sonderbeschläge für Geschäfts-, Behördenbauten
und öffentliche Gebäude

BREMEN-HEMELINGEN

Diedrich-Wilkens-Straße 39/45
Telefon Sa.-Nr. 45 00 01

Gute
Parkmöglichkeit
am Hause



Feuerversicherungsanstalt der Freien Hansestadt Bremen

BREMEN Dobbenweg 10 · Postfach 1408 · Ruf 30 24 93
Geschäftsstelle Bremerhaven: Bürgermeister-Smidt-Straße 87 Ruf 4 56 74

Wir dienen auch mit anderen Versicherungen!

Feuer-,
Betriebsunterbrechungs-,
Einbruchdiebstahl-,
Leitungswasser-,
Sturm-,
Glas-Versicherungen



DIE SPARKASSE IN BREMEN

BREMENS ÄLTESTES GELDINSTITUT – GEGRÜNDET 1825

mit über 750000 Einzelkonten

bedient und berät in allen Geldangelegenheiten



Vorteilhaft sparen mit guter Verzinsung und 20-30% Sparprämie

Meeting der Präsidenten von Gartenbaugesellschaften aus aller Welt

Internationale Ouvertüre zur Bundesgartenschau Karlsruhe

Graf Lennart Bernadotte, der Präsident der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, hat sich für die Eröffnung der Bundesgartenschau 1967 etwas Besonderes ausgedacht. Er hat die Präsidentinnen und Präsidenten von Gartenbaugesellschaften aus Europa und von Übersee zu einem Meeting am 13. und 14. April 1967 nach Karlsruhe eingeladen. Welches große Prestige der Inselherr der Mainau und Präsident der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft auch jenseits der Grenzen seiner schwedischen Heimat und der Bundesrepublik Deutschland genießt, beweist das sympathische Echo, das seine Einladung hervorgerufen hat. Allein aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben sich vier Präsidenten von Gartenbaugesellschaften und den nationalen Gartenclubs angemeldet; in diesen Organisationen haben sich Millionen amerikanischer Blumen- und Gartenliebhaber zusammengefunden. Die Präsidentinnen der argentinischen und der chilenischen Gartenbaugesellschaften planen ebenfalls die Reise; und die Präsidentin der Gartenclubs der Philippinen ist sogar schon in Europa.

Aus Ländern unseres Kontinents werden natürlich besonders viele Präsidenten an dem Meeting teilnehmen. Frankreich wird unter anderem vertreten sein durch den Ancien-Ministre M. Pierre Schneider und die berühmte Gartenbuch-Autorin Prinzessin Caraman-Chimay.

Selbstverständlich kommen auch die Präsidenten aus Italien, Belgien, Finnland, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Großbritannien wird durch die ehrwürdige und weltberühmte Royal Horticultural Society vertreten sein.

Das Programm des von Graf Bernadotte initiierten Meetings sieht für die ausländischen Präsidenten eine Reihe fachlicher und gesellschaftlicher Veranstaltungen vor, die in verschiedenem Maße dazu dienen werden, über die Grenzen hin-

weg die alte Wahrheit aufs neue zu bekräftigen: „Gärten halten die Erde jung.“

Bundesminister Höcherl beauftragte die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft erneut mit der Durchführung

Im Jahre 1967 wird der Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ zum vierten Male durchgeführt. Dieser Wettbewerb erfreut sich ständig wachsender Bedeutung. 1961 beteiligten sich 1970 Gemeinden; 1963 waren es 3024 und 1965 3447 Gemeinden.

Dieser Wettbewerb hat sich als vorzügliches Instrument zur Neuordnung der ländlichen Umwelt bewährt. Er spricht sowohl den einzelnen Bürger direkt an — er löst aber auch vor allem in die Zukunft weisende gemeindliche Initiative aus. Durch ihn werden Dörfer und Gemeinden im ganzen Bundesgebiet als Vorbilder herausgestellt, die durch hervorragende Gemeinschafts- und Selbsthilfeleistung bei Pflege und Entwicklung ihres Dorfes und seiner Umgebung Großartiges leisten. Diese Mustergemeinden sind Vorbilder, die überall zum Nacheifern anregen.

Bundesminister Höcherl schrieb an den Präsidenten der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, S. H. Graf Lennart Bernadotte, auf dessen weitreichendem Wirken der Bundeswettbewerb fußt:

„Der Wettbewerb ‚Unser Dorf soll schöner werden‘ hat unter der vorbildlichen Betreuung durch Ihre Gesellschaft und durch Ihre persönliche Unterstützung ein vielseitiges Interesse gefunden und erfreuliche Erfolge gezeigt. Ich bitte Sie daher, auch den vierten Bundeswettbewerb in die Betreuung Ihrer Gesellschaft zu übernehmen.“

In seiner Antwort brachte Graf Bernadotte zum Ausdruck, daß es die vornehmste Aufgabe der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft sei, zu dienen, zu helfen und zu fördern, und daß er deshalb dem Wunsch des Bundesministers mit großer Freude entspreche.

unser heim ist voller freude



Sie glauben gar nicht, wie behaglich es bei uns zu Hause ist. Alles ist immer blitzsauber, dabei braucht sich meine Frau keineswegs abzurackern. Es gibt ja moderne Haushaltsgeräte, die einen großen Teil der Arbeit in der Wohnung übernehmen und uns deshalb viel Freizeit für uns und unsere Kinder lassen. Für mich gibt es kaum Hausarbeit. Selbst die Heizungsbedienung macht mir keine Mühe. Es genügt der Druck auf einen Schaltknopf, und die Zentralheizung ist in Betrieb, um dann nach kurzer Zeit in der ganzen Wohnung wohlige Wärme zu verbreiten. Selbstverständlich liefert unsere Gaszentralheizung auch das Warmwasser für Küche und Bad.

Wollen auch Sie mehr Bequemlichkeit und Behaglichkeit? Wenden Sie sich doch einmal an die Stadtwerke Bremen; in den Ausstellungenräumen Am Wall 114/115 berät man Sie gern. Unter den zahlreichen Haushaltsgeräten und Heizungsanlagen finden Sie bestimmt auch das Richtige für Sie.



STADTWERKE BREMEN
A K T I E N G E S E L L S C H A F T

Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau GmbH.

Briefe und Fragen an die HB-Fondsverwaltung (Haus- und Bodenfonds)

Frage:

Ich habe die Absicht, HB-Briefe von je DM 50 000,— für meine beiden Töchter, jetzt 18 und 20 Jahre, zu kaufen, um deren Altersversorgung zu sichern. Beide ergreifen einen künstlerischen Beruf, beide schätzen den Wert des Geldes gering, und wenn sie mir gleichgesinnte Schwieger-söhne ins Haus bringen, muß ich befürchten, daß sie ihr Erbe bald verausgabt haben werden. Nach meiner Berechnung erbringt ein HB-Brief von DM 50 000,— eine laufende Rente von mindestens DM 200,— monatlich nach heutigem Geldwert. Bei steigenden Preisen und Löhnen dürften wohl auch die Wohnungsmieten mitsteigen? Dann hätten beide Töchter ein relativ wertbeständiges monatliches Nadelgeld, welches sich nach den Angaben ihrer Prospekte nach etwa 40 Jahren auf das Dreifache steigern würde. Beide Töchter könnten etwa von ihrem 60. Lebensjahr an über ein Einkommen von ca. DM 600,— monatlich, nach heutigem Geldwert, verfügen. Die mit dem Verkauf eines HB-Briefes verbundene Grunderwerbsteuer für den Käufer würde die mir sehr erwünschte Erschwerung eines Verkaufs bewirken und meine Absicht fördern, meinen Töchtern auf lange Sicht eine wertbeständige Rente zu sichern. Ist meine Rechnung richtig?

T. W., Hamburg

Antwort:

Ja, Ihre Rechnung ist im wesentlichen und nach heutigen Maßstäben richtig. Sie setzt den Fortbestand unserer Gesellschaftsordnung und ihrer Eigentumsverhältnisse voraus. Im übrigen fehlt in Ihrer Rechnung die aus der Abschreibung entstehende Ersparnis bei der Einkommen- und bei der Vermögensteuer, die einer Barausschüttung gleichzusetzen ist. Hierdurch steigt die laufende Rendite erheblich über 5%. Wir fügen hinzu, daß der Tilgungszuwachs bei den einzelnen HB-Fonds differiert.

Frage:

Ich habe mich an Ihrem Haus- und Boden-Fonds mit DM 20 000,— beteiligt. Obwohl ich mich nicht mit Veräußerungsabsichten trage, interessiert mich die Frage, ob auch der Zweiterwerber eines HB-Briefes Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7 Abs. 5 EStG in Anspruch nehmen kann.

M. H., Köln

Antwort:

Aus Ziffer 42 a Abs. 5 der Einkommensteuerrichtlinien für 1965 ist zu entnehmen, daß die einmal gewählte Abschreibungsart bei einer Grundstücksgemeinschaft von dem Rechtsnachfolger eines ausgeschiedenen Miteigentümers fortgesetzt werden muß. Dies hat uns veranlaßt, das Bundesfinanzministerium um eine Stellungnahme zu bitten. Mit dem Hinweis, daß die Verwaltung der Einkommensteuer Aufgabe der Länder sei, hat das Bundesfinanzministerium unsere Eingabe an die Oberfinanzdirektion Bremen weitergegeben, welche mit Schreiben vom 29. August 1966 der von uns hierzu vertretenen Auffassung zugestimmt hat. Danach kann der Zweiterwerber eines HB-Briefes die Abschreibungsvergünstigung des § 7 Abs. 5 EStG auch dann in Anspruch nehmen, wenn ein entgeltlicher Anteilserwerb vorliegt.

Frage:

Warum wird das Bruchteilseigentum der Fonds-Zeichner durch Eintragung einer Auflassungsvormerkung statt durch direkte Eigentumseintragung in das Grundbuch gesichert?

A. H., Bremen

Antwort:

Die Fonds-Zeichner sind wirtschaftliche Bruchteilseigentümer des jeweiligen Fonds-Objekts. Würden sie als bürgerlich-

**Im Baumstoff = wie im Kohlenfach
schützt man den Namen
STOLZENBACH**

Franz Wilh. Felzmann

BAU- UND MOBELTISCHLEREI
Innenausbau - Fenster - Treppen
Möbel-Verkauf
Spezialität: Zimmertürenbau
BREMEN-HEMELINGEN, Hahnenstraße 19
Ruf 45 14 18

Herbert Albinger

Malermeister
Ausführung sämtlicher
Malerarbeiten
BREMEN
Kattenlurmer Heerstraße 13
Ruf 57 04 14

Th. Pöpper

Bauglaserie
Bleiverglasung, Glasmalerei
BREMEN, Doventorsdeich 25
Ruf 31 17 30

H. Strangmann

DACHDECKERMEISTER
BREMEN, Holunderstraße 65
Telefon 45 31 34
Asphaltierung
Dachdeckung, Isolierung

Beleuchtungshaus

Berthold

Elektrische Licht- u. Kraft-
anlagen - Antennenanlagen
Beleuchtungskörper und
Elektrogeräte
Osterstraße 32/33
Ruf 50 15 86

KARL SCHUNKE

BAUGESCHAFT

BREMEN, Horner Straße 73, Ruf 49 08 76

Ludwig Sander

Malermeister

BREMEN, Achterdiek 51, Ruf 48 20 17

MICHELSSEN & WEYDEMANN

Verlegung sämtlicher Fußbodenbeläge
z. B. Linoleum, PVC, Parkett
Teppichauslegeware
Techn. Großhandel - Techn. Isolierungen
Schwimmende Estriche

BREMEN-NORD, Tel.: 66 90 72 / 73

An der Lobbendorfer Mühle 5

Fußboden-Ausstellungsraum: Lindenstr. 17

Telefon: 66 41 35

Grether & Meier

Verglasungswerkstätten · Kunst- u. Bauglaserei
BREMEN, Hansestraße 24, Ruf 38 10 55
 Ausführung sämtlicher Glaserarbeiten
 Spezialität: Ganzglas-Konstruktionen

Albert Ehlers & Co.

Bauklempnerei und sanitäre Installation
BREMEN
 Burchardstraße 41 - Telefon 38 23 48

Hermann Wagschal

Bautischlerei u. Innenausbau
 Treppenbau

BREMEN-NORD
 Platjenwerbe 36
 Ruf 63 10 18

Großglaserei

Georg Pusch

Werkstatt für moderne
 Verglasung

BREMEN, Rückertstraße 34
 Ruf 50 33 37

HEINR. THOM

ZENTRALHEIZUNGEN

BREMEN, Pelzerstraße 40
 Brinkstraße 15, Telefon 38 74 59

Max Jodeit & Sohn

Erdarbeiten und
 Fuhrunternehmen

BREMEN, Arsterdamm 72
 Ruf 57 03 68

Heinrich A. Block

Glasschleiferei, Spiegelfabrik
 Marmorwarenfabrik

Bremen, Münchener Str. 116-118
 Ruf 38 16 56/57 — 38 20 16

Der leistungsfähige Lieferant
 für Fensterbänke, Spiegel
 Leichtmetallartikel f. d. Ladenbau

ANTON MEYER

Eisenbeton — Hoch- und Tiefbau

BREMEN, Neustadtwall/Ecke Schulstraße
 Ruf 50 21 30



Brücken-, Industrie- u. Haus-Einrüstung · Roll- u. Hängegerüste

INHABER ALFRED RAHLF

BREMEN

Verlängerte Hemmstr. 21 - Fernruf 38 17 56

rechtliche Bruchteilseigentümer in das Grundbuch eingetragen, dann müßten sie zugleich die gesamtschuldnerische Haftung für sämtliche Fremdmittel übernehmen. Diese Lösung ist für einen übersichtlichen Kreis geschäftserfahrener Personen angebracht, weniger hingegen für eine Vielzahl von Anteilseignern, die zum Teil kleinere Beträge gezeichnet haben. Deshalb erscheint die Bremer Treuhand als bürgerlich-rechtliche Eigentümerin im Grundbuch und ist damit zugleich dinglicher und persönlicher Schuldner. Die Fonds-Zechner als wirtschaftliche Eigentümer genießen die aus ihrer Bauherrenstellung folgenden Steuervergünstigungen. Ihre grundbuchliche Sicherung erfolgt durch die Eintragung einer Auflassungsvormerkung.

Nach § 14 der Allgemeinen Vertragsbedingungen kann das Treuhandverhältnis aufgelöst werden, und die Anteilseigner haben sodann die noch bestehenden Verbindlichkeiten zu übernehmen. Da die Entschuldung der Fonds-Objekte durch den ständigen Tilgungszuwachs nach etwa 40 Jahren vollzogen ist, dürfte eine Auflösung des Treuhandverhältnisses nicht vor diesem Zeitpunkt begehrt werden.

Frage:

Wir beabsichtigen, uns mit einem größeren Betrag an Ihrem Haus- und Bodenfonds zu beteiligen. Bitte, teilen Sie uns mit, welche Besonderheiten bei der Einbringung eines HB-Briefes in das Betriebsvermögen zu beachten sind.

Fa. K. & Co., Aachen

Antwort:

Zu einer Beteiligung Ihrer Firma an unseren Haus- und Bodenfonds empfehlen wir, die Beteiligung nicht durch Ihre Firma, sondern durch deren Inhaber vornehmen zu lassen.

Gründe:

1. Die HB-Briefe vermitteln wirtschaftliches Bruchteilseigentum der Anteilseigner am gesamten Fondsvermögen. Um sie als Betriebsvermögen auszuweisen, müßten demgemäß nicht nur die geleisteten Einzahlungen, sondern alle Besitz- und Schuldposten anteilig bilanziert werden, da eine Saldierung handels- und steuerrechtlich gleichermaßen unzulässig ist.

2. „Gewillkürte“ Anlagegüter gehören nach der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes nur dann zum steuerlichen Betriebsvermögen, wenn eine sachliche Beziehung zum Geschäftsbetrieb besteht. Diese liegt bei den HB-Briefen unseres Erachtens nicht vor, weil es sich hierbei wesensmäßig um eine private Kapitalanlage handelt.

3. Das einheitliche und gesonderte Feststellungsverfahren nach den §§ 214 und 215 AO ist nur insoweit möglich, als das Fondsvermögen und die Fondseinkünfte bei den Anteilseignern zur gleichen Vermögens- bzw. Einkunftsart gehören (vgl. Hübschmann-Hepp-Spitaler in Tz. 3, 9 und 10 zu § 215 AO). Das gilt um so mehr, als die Abschreibungen für alle Anteilseigner nur einheitlich bemessen werden dürfen (vgl. Abschnitt 42 a Absatz 5 EStR 65).

4. Aus diesen Gründen gehen die Allgemeinen Vertragsbedingungen davon aus, daß die HB-Briefe im Privatvermögen gehalten werden. Die Reservenbildung durch Abschreibungen und Wertsteigerungen ist damit jeder künftigen Besteuerung entzogen. Dieser Vorteil dürfte für die meisten Anteilseigner weitaus wichtiger sein als eine etwaige Auswirkung der Buchverluste auf die Gewerbesteuer.

Frage:

Im vorigen Jahr habe ich eine Beteiligung an Ihrem Haus- und Bodenfonds erworben. Da ich bereits über 70 Jahre alt bin, muß ich langsam an die Übertragung meiner Anteile denken. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, wie ich bei einer evtl. Schenkung zu verfahren hätte.

H. B., Wedel

Antwort:

Die Inhaber von HB-Briefen sind wirtschaftlich zu Bruchteilen an den Besitz- und Schuldposten des Fonds-Vermögens be-

teiligt. Diese werden Ihnen insoweit nach § 11 Ziffer 2, 3 und 5 StAnpG steuerlich zugerechnet. Das ergibt sich auch aus dem Erlaß des Herrn Senators für die Finanzen in Bremen vom 10. Januar 1966. Werden Grundstücke schenkungsweise übertragen, so fällt eine Grunderwerbssteuer nach § 3 Ziffer 2 Grunderwerbssteuergesetz in der Regel nicht an. Gehen zugleich auch Hypothekenschulden auf den Erwerber über, liegt jedoch eine „gemischte Schenkung“ vor, die dann insoweit eine steuerpflichtige Gegenleistung enthält. Ob diese Steuerfolge ausgeräumt werden kann, wenn der Schenker die Schuldenlast im Innenverhältnis selbst trägt, ist umstritten, wird im Schrifttum aber zumeist bejaht. Der Erwerb von Grundstücken durch Personen, die mit dem Veräußerer in gerader Linie verwandt sind, ist nach § 3 Ziffer 6 Grunderwerbssteuergesetz in jedem Falle steuerfrei. Insoweit also ist auch eine gemischte Schenkung unschädlich. Für Zuwendungen unter Ehegatten gilt diese Sonderregelung dagegen nicht.

Frage:

Meine Wohnbausparverträge laufen zum Ende dieses Monats aus. Ich habe mich entschlossen, die freiwerdenden Beträge in Ihren HB-Fonds zu investieren. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, welche Vorkehrungen ich nunmehr zu treffen habe. K. E., Lübeck

Antwort:

Wir müssen zu unserem Bedauern mitteilen, daß HB-Briefe nicht prämienschädlich mit Wohnbausparverträgen erworben werden können. Wir verweisen auf § 2 Absatz 3 des Gesetzes über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer (Wohnungsbauprämiengesetz), in dem es heißt: „Als Aufwendung zur Förderung des Wohnungsbaues im Sinne des § Nr. 2 gelten: Beiträge aufgrund von Sparverträgen, die auf die Dauer von mindestens 3 Jahren als Allgemeine Sparverträge oder als Sparverträge mit festgelegten Sparraten abgeschlossen werden, wenn die eingezahlten Sparbeträge und die Prämien verwendet werden

a) zum Erwerb eines Eigenheimes, einer Kleinsiedlung oder einer Wohnung in der Rechtsform eines Wohnungseigentums oder

b) zum Erwerb einer Kleinsiedlung, eines Kaufeigenheimes oder einer Wohnung in der Rechtsform des Wohnungseigentums oder eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts.“

Dagegen ist es möglich, Guthaben aus Bausparverträgen prämienschädlich und steuerunschädlich zum Erwerb von HB-Briefen heranzuziehen.

Frage:

Bei Zeichnung eines HB-Briefes von nom. DM 10 000,— habe ich Emissionskosten in Höhe von DM 300,— gezahlt. Ich bitte Sie mir mitzutellen, ob ich diese Kosten als Werbungskosten in meiner Einkommensteuererklärung berücksichtigen kann. Gegebenenfalls bitte ich Sie, mir eine entsprechende Bescheinigung auszustellen. W. F., Bremen

Antwort:

Zur steuerlichen Behandlung der 3%igen Emissionskosten teilen wir mit, daß diese Emissionskosten nach dem uns vorliegenden Erlaß der Oberfinanzdirektion Bremen nicht als sofort abzugsfähige Werbungskosten und Betriebsausgaben gelten, sondern als zusätzliche Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Dieser Zuschlag ist zu aktivieren und bei der Berechnung der Absetzung für Abnutzung gemäß § 7 Absatz 5 EStG im Rahmen der einheitlichen und gesonderten Gewinnfeststellung zu berücksichtigen. Entsprechend werden wir bei den Anträgen auf einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung für die einzelnen Haus- und Bodenfonds verfahren. Die Anteilseigner erhalten zu gegebener Zeit genaue Zahlenangaben.



Elektro-Bau und Ing.-Büro
KURT TAMS Ing. V. S. J.
Licht - Kraft - Schwachstrom - Raumleuchten - Radio - Fernsehen - Antennenbau
BREMEN, Humboldtstr. 112/114
Fernruf 49 12 16

Mitglied der Elektro-Gemeinschaft

Paul Hempel
Spezialgeschäft für Fliesenarbeiten
BREMEN, Weholder Str. 19
Ruf 50 50 30

H. Röschmann
MALERMEISTER
Gegründet 1881
BREMEN
Fesenfeld 133
u. Lohringer Str. 4
Telefon 44 65 09

Bauunternehmung
Herbert Haslinger
BAUMEISTER
BREMEN · Celler Straße 42 · Ruf 49 10 00

Ernst O. Vieregge
Malermeister
BREMEN-OBERNEULAND
Landgutweg 27, Ruf 48 14 21
Ausführung sämtlicher Malerarbeiten

W. Hennig KG.
Klempnerei · Heizungsbau
BREMEN
Osterholzer Heerstraße 85
Ruf 45 10 63

WESTAG-Türen
— ein Qualitätsbegriff!

WESTAG-Spiraltüren, siebenfach aufgebaut

WESTAG schallhemmende Türen
Schalldämmwert: ca. 30 Dezibel

WESTAG-Feuerstop-Türen nach DIN 4102

WESTALIT-Türen in 10 verschiedenen Dessins
äußerst strapazierfähig!

WESTAG & GETALIT A.G.
Wiedenbrück i. W.

Alleinverkauf im Raum Bremen und Bremerhaven:
ENNO ROGGEMANN
Holzhandlung und Holzimport
28 BREMEN · Gelsenkirchener Straße
Ruf 5 09 82 27

peinemann+sohn



Bauklempnerei · Sanitäre Anlagen

peinemann+sohn



Rohrleitungs- + Lüftungsbau

peinemann+sohn



Fensterbank + Metallbau

BREMEN RUF 450101
BREMERHAVEN 22222
HAMBURG RUF 5274043

Adolf Migge

Bau- und Industrieglas
Bleiverglasung

BREMEN
Wiedstraße 10, Ruf 38 19 16

L. PETERSSEN

Inh. J. Christoffers

HÖLZER - BAUSTOFFE

BREMEN-AUMUND, Ruf: 66 90 29

Bremer Brunnenbau
Hugel & Gansch

Bodenuntersuchungen und
Betonbohrpfähle
Preßbetonpfähle
Sickerbrunnen

BREMEN, Kalmsweg 3-5
Ruf 64 02 66 und 64 14 48

Bernhard Fennekohl

Baugeschäft und Hersteller der
Polyester-Garagen-Schwingtore

BREMEN-GROHN, Lesumstraße 1
Ruf 66 10 84

MICHAEL KUSIAK

Heizung - Lüftung - Ölfeuerungen

Br.-Farge, Kapellenstr. 14 - Ruf 60 81 15

W. Niesmann

Elektromeister

BREMEN-SCHÖNEBECK
Borchshöher Straße 133
Ruf: 66 42 63

Hermann Wegener

Straßen- u. Tiefbau-Unternehmung
Straßenbaustoffe - Gartenplatten

Br.-Grohn, Hermann-Wegener-Str. 12/20
Ruf: 66 90 55

Georg Kröger

Bauunternehmung

BR.-BLUMENTHAL
Lübumer Str. 99
Ruf: 60 14 46

Joh. Höljes

Fliesenarbeiten
BREMEN-VEGESACK
Höljesweg 5-6 a
Ruf 66 90 18 und 66 90 19

Hans Lankenau

Bau- u. Maschinenschlosserei

BREMEN-LESUM
Burgdammer Postweg 23
Telefon 63 11 58

Friedrich Hecht

Heizungsbaumeister
Heizungs-, Lüftungs- und
Rohrleitungsbau
Ölfeuerungsanlagen
BR.-BLUMENTHAL
Fresenbergstr. 105
Ruf: 60 10 10

≡ **VOLKSBANK** ≡

BREMEN-NORD



VEGESACK
Am Sedanplatz



mit angeschlossener Bausparkasse Schwäb.-Hall AG.
und deutscher Genossenschafts - Hypothekbank
AG. Hamburg



LESUM
Hindenburgstraße 3

dient der Bauwirtschaft !

Bemerkenswerte Thesen zum Thema „Handel und Städtebau“

Victor Gruen, der in Wien geborene und aufgewachsene Architekt, der jetzt in den USA und darüber hinaus einen Namen in der Planung und Entwicklung integrierter Einkaufszentren hat, gab kürzlich vor den Teilnehmern des internationalen Kongresses „Handel und Städtebau“ einen interessanten Überblick über Einkaufszentren in städtischen Einzugsbereichen in den USA. Dabei zeigte er sowohl die positiven als auch die negativen Aspekte auf. Aus dieser kritischen Analyse entwickelte er in einem Bericht im „Handelsblatt“ (21. Nov. 1966) unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Westeuropa Schlußfolgerungen, die weitgehend den von uns bisher vertretenen Gedankengängen entsprechen.

1. Wo noch keine hochgradige städtische Unordnung und Raumvergeudung eingetreten ist, sollte mit allen Kräften versucht werden, das bestehende Großstadt- und Stadtzentrum durch einen Revitalisierungsprozeß zu erhalten. Das heißt: Verbesserung des Zuganges zum Zentrum, Aufwertung der Umgebung und systembedingte Anpassung der Funktionen, damit der Mensch bei der Erfüllung seiner Aufgaben nicht durch Anfahrt, Verkehr und andere Dienstleistungen behindert oder aufgerieben wird.
2. Wo die städtische Planlosigkeit bereits um sich gegriffen hat, sollte man inmitten der form- und gestaltlosen Ansiedlungen neue städtische Nebenzentren errichten, um Kristallisationspunkte für alle städtischen Tätigkeiten zu schaffen. Diese neuen Kristallisationspunkte sollten nicht allein auf Kraftverkehrsverbindungen angewiesen sein.
3. Wo der städtische Bevölkerungszuwachs dynamisch ist, sollten neue Städte oder Großstädte im Sinne von Tochterstädten mit eigenen starken städtischen Zentren sowie mit eigenen Gemeinschafts- und Nachbarschaftszentren geplant und gebaut werden. Diese neuen Städte sollten durch rasche und bequeme Durchgangsverbindungen an die Mutterstädte angeschlossen werden.
4. Bei der Planung aller Arten von neuen städtischen Zentren darf keine Mühe gescheut werden, Raum einzusparen, denn „Raum ist das einzige Gut, das weder hergestellt noch eingeführt werden kann; Raumvergeudung ist deshalb als Verbrechen gegenüber kommenden Generationen zu werten.“

Mit Nachdruck warnte Gruen davor, in Europa nur amerikanische Vorbilder nachzuahmen, wie es bei einigen großen europäischen Einkaufszentren geschehen sei. Die bestehenden Unterschiede zwischen den USA und Europa dürfen nach Gruens Ansicht nicht ignoriert werden, zumal sie — allein schon wegen der großen Unterschiede in der Bevölkerungsdichte — in gewissem Umfang immer bestehen bleiben werden. Der Städtebau für den Handel darf andererseits nach Gruens Darlegungen nicht als etwas Isoliertes betrachtet werden. Man muß ihn als einen integrierten Bestandteil des Urbanismus sehen, ja als einen seiner wichtigsten. In der Geschichte habe der Handel für die Gründung und Entwicklung der Städte eine wichtige Rolle gespielt. Man dürfe aber niemals das Verhalten der Menschen aus dem Gesamtzusammenhang herauslösen. Der Zukunft des Handels in der Stadt ist, wie Gruen sagte, nicht damit gedient, daß man eine Abtrennung von anderen Tätigkeiten vornimmt; es kommt im Gegenteil ganz darauf an, die Funktionen des Handels voll und ganz mit allen anderen städtischen Faktoren zu verbinden.

„Zahlkarte am Auto hat sich in Düsseldorf bewährt“

Die in Düsseldorf seit September 1965 bestehende Hilfspolizei zur Überwachung der Verkehrsuhren, der Park- und Halteverbotszonen und der Ladezonen ist mit Zahlkarten ausgestattet, die sie an Stelle der bekannten roten Zettel mit der Aufforderung zur Entgegennahme einer gebührenpflichtigen Verwarnung hinter die Scheibenwischer ertappter Verkehrs-

Tischlerhölzer aller Art
Spezialität: Afrikanische Tropenhölzer
liefert

ENNO ROGGMANN

Holzhandlung und Holzimport
28 BREMEN, Gelsenkirchener Straße
Ruf 5 09 82 27

Anstrichprobleme?

Fragen Sie stets nach REESA!

REESA-LACKE und -FARBEN bieten für jeden Anstrichzweck die passende Qualität.

SUDING & SOEKEN

L A C K F A B R I K

BREMEN-HEMELINGEN, Funkschneise 8

Stadtlager: Langenstraße 112

Trümper & Wessels

Straßen- und Tiefbau

BREMEN, Habenhauser Landstraße 38
Ruf 57 06 27

Joh. Wichmann

Dachdeckermeister
Ausführung sämtlicher
Dacharbeiten
BREMEN
Osterholzer Landstr. 61
Ruf 45 16 49

Franz Buchholz

Malermeister
BREMEN-AUMUND
Löhstraße 34
Ruf 66 25 48

A. G. RÖHRS & CO.

Kies- und Sandbaggerei

Hamburger Straße 36, Ruf: 49 07 71 u. 49 07 72

EHRHARD ZIEGER

Tiefbauunternehmung

Ausführung von
Baggerungen, Planierungen, Bodentransporten,
Bodenlieferungen, Tank-Verlegungen,
Auto-Kranarbeiten

BREMEN, Osterstraße 78
Telefon 50 59 08 / 50 58 25

AUGUST JÜRGENS

GARTENBAUUNTERNEHMEN
NIENBURG/Weser, Rühmkorfstraße 5
Ruf 36 48
Ausführung neuzeitlicher Wohn- und
Siedlungsgärten sowie Werksgrünanlagen

J. H. AHRENS

Inh.: Adolf Ahrens
BAUUNTERNEHMUNG
DELMENHORST
Bremer Straße 83
Telefon 46 31 und 24 36
Privat: 51 14

Chr. Lübsin

Malereibetriebe
BREMEN
Buntentorsteinweg 628
Ruf 57 07 16

Heinrich Glade & Sohn

Zimmerei, Bautischlerei, Mauerarbeiten und
Gerüstbau

BREMEN, Kattenturmer Heerstraße 320
Fernruf 57 03 01 / 57 03 02

Fritz Schubert

Bauklempnerei und
Installation
BREMEN, Osterfeuerberg-
straße 130 - Ruf 38 18 35

Hermann Berger

Marmor und Naturstein
BREMEN - Huckelriede
Seesenthom, Telefon 55 02 46
Privat 57 02 83

HINRICH HEIDMANN

Bautischlerei — Treppenbau
Innenausbau — Ladeneinrichtungen
Bremen-Huchting
Büro: Wardamm 116, Ruf 58 16 03
Privat: Huchtinger Heerstr. 35, Ruf 58 15 41

D. Oldigs K. G.

HOCH-, TIEF- UND STAHLBETONBAU
Gegr. 1914



Bremen, Scharnhorststraße 101
Telefon 23 03 10

UMSCHAU

sünder klemmen können. Nachdem die Aufsichtsbehörde die Genehmigung zur Einführung der Zahlkarte gegeben hatte, wird dieses Verfahren seit Anfang Oktober 1966 in Düsseldorf angewandt. Unseres Wissens war Düsseldorf die erste Stadt in Nordrhein-Westfalen, die dieses einfachere Verfahren einführt. Es hat sich inzwischen so bewährt, daß jetzt nicht nur die städtische Hilfspolizei, sondern auch die staatliche Polizei die Zahlkarte verwendet. Eine Reihe anderer Städte interessiert sich für diesen neuartigen Weg. Er hat verschiedene Vorzüge: Einmal bleibt dem Verkehrssünder der Weg zur Polizeiwache erspart. Dadurch wird vermieden, daß er den fließenden Verkehr zusätzlich verstärkt und am Polizeirevier Parkraum beansprucht. Zum anderen hat die Polizeiwache weniger Besucher abzufertigen.

Eine „Talsohle“ für die Baukonjunktur unvermeidlich?

Auswirkungen der Baufertigstellungen und Baugenehmigungen 1966

ro Frankfurt, 10. Februar. Eine Jahresprognose für die deutsche Bauwirtschaft hat das DIVO-Institut, Frankfurt, mit dem Untersuchungsbericht BAU '67 vorgelegt. Nach diesen neuesten Ermittlungen des DIVO-Instituts beträgt die Zahl der 1966 erteilten Baugenehmigungen 569 000. Dies bedeutet im Vergleich zu 1965 (610 000 Baugenehmigungen) einen Rückgang um 7 Prozent. Andererseits sind im Vorjahr zwischen 610 000 und 615 000 Wohnungen fertiggestellt worden, was einer Steigerung gegenüber 1965 um ca. 4 Prozent entspricht. Beide Werte bewirken eines: Die zur Ausführung im Jahr 1967 stehenden Aufträge verringern sich. Ein Indiz für die volkswirtschaftliche Auswirkung dieser an sich gering erscheinenden Rezession könnten u. a. folgende Zahlen sein: Noch im Januar 1966 belief sich die Anzahl der männlichen Nichtbeschäftigten aus der Bauwirtschaft auf 33 500, im Januar 1967 hat sie sich fast versechsfacht (185 000). Insgesamt sind rund zwei Millionen in der Bauwirtschaft tätig, über ein Fünftel des bundesdeutschen Arbeitspotentials.

Die Situation der Bauwirtschaft 1967

Für den Wohn- wie Nichtwohnbau belief sich die Anzahl der am 1. 1. 1967 vorliegenden Baugenehmigungen, mit deren Ausführung noch nicht oder nur zum Teil im Vorjahr begonnen wurde, auf 730 000. Sie liegt daher mit etwa 8 Prozent unter dem am 1. 1. 1966 vorliegenden „Bauüberhang“. Von diesen 730 000 Baugenehmigungen sind drei Viertel schon 1966 im Ausführungsstadium gewesen und nur bei einem Viertel wurde mit dem Bau noch nicht begonnen. Zwei Tendenzen zeichnen sich ab, inwiefern die Bauwirtschaft von diesem Konjunkturrückgang betroffen wird: Die Kapazität des Hochbaus ist in erster Linie von der Anzahl der Arbeitskräfte abhängig, der Tiefbau dagegen ist anlageintensiv. Da beim Tiefbau schon in den letzten Jahren die Kapazität der Maschinen nicht voll genutzt werden konnte, kam es hier zum Preisverfall und diese Situation wird sich daher auch 1967 nicht ändern. Die geringere Auftragslage im

Lassen
Sie
Ihr Geld
arbeiten

in der deutschen und in der internationalen Wirtschaft
durch INVESTA, INTERVEST, AKKUMULA, INRENTA und VALEUROOP
5 interessante Investment-Zertifikate für Ihre Geldanlage

Fragen Sie
die **DEUTSCHE BANK**

Filiale Bremen, Domshof 22-25
mit Zweigstellen in allen Stadtteilen

UMSCHAU

Hochbau hingegen wird sich in einer Drosselung der Beschäftigtenzahlen auswirken. Eine Bestätigung dafür kann das genannte Zahlenmaterial der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg sein (Januar 1967 185 000, Januar 1966 33 500 Nichtbeschäftigte), wobei zu berücksichtigen ist, daß Wintermonate nie Saisonszeiten für die Bauwirtschaft bedeuten.

Gegen das drohende „Tief“ der Baukonjunktur

Die Baugenehmigungen schrumpften im Vergleich mit 1965 z. B. im Saarland um 22 Prozent, in Niedersachsen um 11 Prozent und in Nordrhein-Westfalen um 9 Prozent. Die Untersuchung BAU '67 des DIVO-Instituts zeigt aber, daß es trotz des Rückgangs in dem jeweiligen Bundesland Landkreise gibt, in denen die Konjunktur nicht rückläufig, sondern expandierend ist. Damit bietet sich dem Unternehmer u. a. an, sich besonders auf diese Landkreise zu konzentrieren und sich damit rechtzeitig seiner Marktlage optimal anzupassen. Sicherlich wird es auch von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung und dem währungspolitischen Verhalten der Bundesbank mit abhängen, ob es bei einer zumutbaren Verringerung des Bauvolumens bleiben kann. Vor allem aber sollte die Bauwirtschaft selbst das ihre dazu beitragen, daß sich ihre augenblickliche Wirtschaftslage nicht zu einer Krise ausweitet.

Herausgeber: G. Iversen, Verlag „Der Wiederaufbau“, 28 Bremen 1, Katharinenklosterhof 8-10, Tel.: (04 21) 32 41 90; Anzeigen: Kurt Pienkoss (i. Hs. Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau GmbH), Tel.: 32 02 11; Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Bremen-Blumenthal, Kapitän-Dallmann-Straße 41/43. „Der Aufbau“ erscheint vierteljährlich. Das Bezugsgeld für die Mitglieder der „Aufbaugemeinschaft Bremen“ ist im Beitrag enthalten. Bezugspreis für 4 Nummern DM 16,-, Einzelstück DM 4,50 zuzüglich Versandkosten. Bankkonto: Nr. 17938, Norddeutsche Kreditbank AG, Postscheckkonto: Nr. 2818 28, Hamburg, Gerichtsstand Bremen. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers gestattet.



Paul Kossel & Cie.

Stahlbeton und Schüttbeton

BREMEN, Delbrückstraße 12
Telefon 34 10 37

Willi Meier

Bauklempnerei
Sanitäre Anlagen

BREMEN
Kätrepeler Straße 44/46
Ruf 38 37 56

die **MARMOR**
und Werksteinarbeiten
Werth u. Co
BREMEN-AM GASWERK 17/19
Telefon 50 33 01 u. 50 33 93

Fliesen und Marmor

WALTER PLASS

DELMENHORST, Oldenburger Straße 21
Tel.: 21 31 + 36 54 + 55 69

Friedrich Schmidt

Dachdeckungs- und Asphaltgeschäft
Gegr. 1906

Hohentors-Heerstraße 156-160 · Ruf 50 13 04

SEIT 1902

Hohnholt
LICHTPAUSEN FOTOKOPIEN
GROSSFOTO REPRODUKTION
FOTODRUCKE ZEICHENBEDARF
FRIEDRICH C. HOHNHOLT, Bremen, Buchtstr. 10

Ruf 32 62 69

Ruf 32 69 19

Wilhelm Zernikow

Fliesenfachgeschäft

BREMEN, Vegesacker Straße 89, Ruf: 38 28 47
BREMEN-BURG, Postmoor 36, Ruf: 63 17 28



Aus dieser Quelle
trinkt die Welt!

Bitte besuchen Sie uns, wenn Sie nach Bad Neuenahr kommen

Organe des Vereins »BÜRGER UND STADT«

<p>Das Ehrenpräsidium (Wahl freigestellt)</p> <p style="text-align: right;">(§ 13-14)</p>	<p>Das Präsidium (Vorstand nach § 26 BGB)</p> <p>bestehend aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Präsident b) 2 Stellvertreter c) Schatzmeister d) Generalsekretär e) sonstigen Präsidialmitgliedern <p>darunter 2 aus dem Mitgliederkreis nach c)</p> <p>Das Präsidium wird auf 4 Jahre gewählt von der Generalversammlung (= ordentliche Mitgliederversammlung)</p> <p style="text-align: right;">(§ 15-20)</p>	<p>Das Geschäftsführende Präsidium wird vom Präsidenten berufen und besteht aus mindestens 3 Mitgliedern des Präsidiums, aus b), c) und d).</p> <p style="text-align: right;">(§ 15-20)</p>
<p>Das Kuratorium besteht aus den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen, der Personengemeinschaften und gewählten Personen aus dem Mitgliederkreis nach c) (bei letzteren ist Wahl freigestellt).</p> <p style="text-align: right;">(§ 16)</p>	<p>Mitgliedschaft</p> <p>ist durch ein schriftliches Aufnahmegesuch zu erwerben, worüber das Präsidium entscheidet.</p> <p>Mitglieder sind unterteilt in:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Ehrenmitglieder (werden auf Vorschlag des Präsidiums berufen) b) Einzelmitglieder (auf Antrag) c) Korporative Mitglieder (auf Antrag) d) Korrespondierende Mitglieder (fachl. Mitarbeiter) e) Fördernde Mitglieder (wie zu b) und c) <p>Beitrag für Einzelmitglieder wird durch die Generalversammlung festgesetzt.</p> <p style="text-align: right;">(§ 4-8, 23)</p>	<p>Die Mitgliederversammlung (eine ordentliche Mitgliederversammlung findet alle 2 Jahre statt).</p> <p style="text-align: right;">(§ 21-24)</p>
<p>Ortliche (auch überörtliche) Arbeitsgruppen (Ersatz auch durch Verein o. ä.) (sind keine Organe des Vereins)</p> <p>_____</p> <p>Wahl eines Vorsitzenden auf 3 Jahre. Dieser hat Jahresprogramm aufzustellen und mit dem Präsidium abzustimmen.</p> <p style="text-align: right;">(§ 9-12)</p>		